Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Montag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leuchenstraße 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Mittwoch, den 22. Februar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 45**

Der Streik der Mansfelder Bergleute

Provokationen der Schupo! — Ein unzulänglicher Schiedsspruch

Eisleben, 21. Februar.

Der Streik der Mansfelder Bergleute ist vollkommen. Streikbrecher sind nicht vorhanden. In den Hüttenbetrieben sind die Oefen abgeblasen. Die Seilbahnen, die die Kaliförderung von den entlegenen Schächten besorgen, können wegen Mangels an Strom nicht in Betrieb gehalten werden. Der Kali häuft sich auf, und den Fabriken mangelt es an Rohmaterial. Die elektrische Zentrale der Krughütte ist ganz stillgelegt. Die Kessel sind auf 8 Atmosphären gedrückt.

Die Stimmung der Streikenden ist sehr gut und hoffnungsvoll. Die Eisleber Garnison, in der fünf Hundertschaften der Sipo liegen, ist in Alarmbereitschaft gesetzt worden. Heute sind zwei Autos mit je 25 Mann bewaffnet mit Karabinern in der Richtung nach Hettstedt abgefahren. Ferner ist ein Panzerauto instand gesetzt worden. Der Bergarbeiterverband hat ein Rundschreiben herausgegeben, worin befohlen wird, keine politischen Versammlungen zu besuchen.

*

Wie wir gestern kurz berichteten, ist die Mansfelder Syndikats-A.-G. an den Reichsarbeitsminister herangetreten, um Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten. Auf Veranlassung des Ministers haben daraufhin gestern (Dienstag) nachmittag im Oberbergamt Halle Verhandlungen stattgefunden, zu denen beide Parteien Vertreter entsandt hatten. Unter dem Vorsitz des Reg.-Rats Tibertius (Berlin) wurde ein Schiedsspruch gefällt der dahin geht, daß sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorausgesetzt, den Arbeitern über 21 Jahre eine Lohnerhöhung von 11 Mark pro Schicht bewilligt wird. Die Arbeiter unter 21 Jahren sollen im Lohn tariflich anteilig gestaffelt werden. Beide Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches bis 24. Februar zu äußern. Die Unorganisiertenfrage blieb unerörtert.

*

Der Schiedsspruch ist unseres Erachtens völlig ungenügend. Die Mansfelder Bergarbeiter haben 20 Mark gefordert und nur 11 Mark sind im Schiedsspruch bewilligt. Ein Vergleich mit der Lohnvereinbarung im Braunkohlenbergbau, wo 12 Mark gefordert und 10 Mark bewilligt wurden, ist nicht gut möglich, denn in keinem Bergbaurevier wird ein solch niedriger Lohn gezahlt wie im Mansfelder Gebiet.

Ueber die Vorgeschichte des Mansfelder Streiks wird berichtet:

Die fortgesetzte Steigerung der Preise für die Lebenshaltung zwangen die Arbeiter, unter allen Umständen eine Erhöhung ihrer Löhne zu erkämpfen. Deshalb beschloß am 26. Januar eine Funktionärkonferenz der gesamten in Betracht kommenden Betriebe, in den verschiedenen Orten 26 öffentliche Bergarbeiterversammlungen abzuhalten, in denen die Referenten im Auftrag des Bergarbeiterverbandes über den Stand der Bewegung berichten und die Bergarbeiter dazu Stellung nehmen sollten. Alle Versammlungen waren überfüllt, und einmütig wurde gefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Erhöhung der Schichtlöhne durchzusetzen. Die Generaldirektion der Mansfelder Kupferschieferlauenden Gewerkschaft A.-G. lehnte zunächst jedes Entgegenkommen schroff ab. Hierauf stellte eine weitere Funktionärkonferenz ein Ultimatum bis zum 12. Februar, in dem die Erhöhung des Schichtlohnes von 73 auf 93 Mark gefordert wurde. Die Unternehmer bewilligten unter dem Druck dieses Ultimatums in erneuten Verhandlungen 6 Mark Schichtzulage. Auf Grund dieses lächerlich geringen Angebots wurden die von Betriebsratdelegierten und Gewerkschaftsangestellten geführten Verhandlungen abgebrochen. Unter ausdrücklicher Zustimmung der Gauleitung des Bergarbeiterverbandes wurde dann in einer Funktionärversammlung am 14. Februar ein zweites Ultimatum gestellt, in dem 20 Mark Zulage pro Schicht als Mindestforderung bezeichnet wurde und im Falle der Ablehnung seitens der Unternehmer Sonnabend nachmittag in den Streik getreten werden soll.

Als Kampfobjekt kommt weiter in Frage die Anerkennung des vom Bergarbeiterverband ausgearbeiteten Manteltarifs, dessen § 12 die bekannte und von uns schon des öfteren kritisierte Forderung, daß die Soziallöhne nur an die Mitglieder ausbezahlt werden sollen, die den arbeitsgemeinschaftlichen Verbänden angehören. Da sich dieser Passus nicht nur gegen die Unorganisierten, sondern auch gegen die Mitglieder der Union richtet nützt das Unternehmertum diesen vom BA. hineingetragenen Streit unter der Arbeiterschaft für seine Zwecke aus. Es erklärt, unter keinen Umständen diesen § 12 anzuerkennen. Aus diesem Grunde verlangen die kommunistischen Mitglieder im BA. die Zurückziehung dieser die Einheitsfront zerstörenden Forderung seitens des Verbandes, sie fordern die Gewährung der Zulagen für alle Arbeiter ohne Unterschied der Verbandsangehörigkeit. Dieses Verlangen ist umso berechtigter, als sämtliche Arbeiter, also auch die unorganisierten, mit im Streik stehen.

Ferner kämpfen die Mansfelder gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die Mansfelder Syndikats-A.-G. will den Untertagearbeitern nicht mehr die Seilfahrt von 20 Minuten anrechnen, und den Uebertagearbeitern soll gleichfalls die Arbeitszeit um die halbstündige Pause verlängert werden. Die Altersgrenze der als Jugendliche geltenden soll, wie bereits angeführt, von 18 auf 21 Jahre heraufgesetzt werden und außerdem plant man Lohnreduzierungen bis zu 50 Prozent.

Es ist selbstverständlich, daß die Mansfelder Bergleute bei den unerhört gestiegenen Preisen für alle notwendigsten Lebensmittel auf ihren Forderungen bestehen müssen. Bei den ungeheuer gestiegenen Preisen für Kupfer ist die Mansfeldsche Gewerkschaft durchaus in der Lage, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Ihre Dividenden und Kapitalsaufschreibungen steigen ins Ungeheure. Sie bereicherte sich auch durch Betrugsmanöver großen Stils, indem sie kupferhaltigen Schiefer, den sie in früheren Jahren auf die Halden schüttete und den Bergleuten vom Lohn strich, jetzt ausschmelzen läßt.

Der Schiedsspruch behandelt nur die Lohnfrage. Was ist es mit den anderen, sehr wichtigen Streitobjekten? Will man die Arbeiter wieder ins Joch spannen, um sie dann um so fester übers Ohr zu hauen? Die Mansfelder Arbeiter haben alle Ursache, auf der Hut zu sein. Sie dürfen sich nicht übertölpeln lassen. Halten sie diesmal stand, ist der völlige Sieg sicher. Es ist doch bezeichnend genug, daß die Syndikats-Gewerkschaft sich hilfesuchend an den Reichsarbeitsminister wenden mußte. Die Arbeiter dürfen nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, bevor nicht auch die Arbeitszeit und die anderen Fragen geregelt sind. Andernfalls kann es dahin kommen, daß die Arbeiter für die sehr magere Lohnerhöhung pro Schicht eine halbe Stunde länger schuften müssen. Das kann kein Bergarbeiter wollen! Deshalb müssen sie ausharren im Kampf, bis ihre Forderungen restlos bewilligt sind.

Zusammenstöße in Petersdorf

Die Umtriebe der oberschlesischen Orgeschbanden

WTB. meldet:

Am Sonntagabend hat sich in dem Stadtteil Petersdorf bei Gleiwitz ein neuer Zwischenfall ereignet, bei dem ein Wachtmeister grundlos von einem französischen Soldaten erschossen wurde. Es wird uns darüber berichtet:

Am 19. Februar, abends kurz vor 9 Uhr, kamen aus einem Lokal in der Hegenscheidtstraße in Petersdorf drei anscheinend angetrunkene französische Soldaten heraus, von denen einer einen Revolver in der Hand hatte. Auf der Straße stand eine Gruppe von Personen, die sich unterhielt. Die französischen Truppen riefen ihnen zu: Hände hoch, und gleichzeitig gab einer einen Schuß ab, ohne zu treffen. Die Personen liefen auseinander. Die Franzosen begaben sich auf die andere Seite der Straße. Der Polizeibeamte Paul Lüssenberg, der sich im Dienst befand und an der Straßenecke postiert war, forderte die Franzosen in ruhigem Tone auf, weiterzugehen. Als Antwort darauf gab einer der Franzosen auf den Wachtmeister einen Schuß ab, der ihn tödlich traf.

Die drei Franzosen hatten sich schon vorher in dem Lokal in herausfordernder Weise benommen. Aus der Vernehmung des Wirts, in dessen Lokal sich die Franzosen vorher aufhielten, geht hervor, daß die Franzosen seiner Aufforderung, das Lokal zu verlassen, nicht Folge geleistet haben, sondern bemerkten, die Polizei habe ihnen nichts zu sagen.

*

Diese Meldung, die von amtlicher deutscher Seite stammt, ist offenbar tendenziös zurechtgestutzt. Die insgeheim von der Reichsregierung unterstützten und von der deutschen Großindustrie bezahlten Freikorps der ehemaligen Höfer-Armee treiben in Oberschlesien seit dem letzten Aufstand ihr Unwesen. Sie terrorisieren die Arbeiter- und Bauernbevölkerung, plündern, erpressen und verüben zahlreiche Mordtaten. Sie führen ganz das Leben der Battikumer und bereiten sich wie diese darauf vor, wenn die Gelegenheit günstig ist, nach Deutschland einzurücken und dort als Landsknechte für die Konterrevolution gegen die Arbeiterschaft zu kämpfen.

Es kam bereits mehrfach zu Zusammenstößen zwischen diesen Orgeschbanden und den französischen Besatzungsbehörden in Oberschlesien. Erst kürzlich verübten die Freiwilligen in Petersdorf ein feiges Attentat gegen französische Soldaten, das mehrere Todesopfer forderte. Selbstverständlich nutzten die französischen Imperialisten dieses Ereignis sofort für ihre Zwecke aus. Poincaré hielt in der Kammer eine scharfe nationalistische Rede und kündigte unter der einmütigen Zustimmung aller bürgerlichen Parteien Sanktionen gegen Deutschland an.

Es ist jetzt zu einem neuen blutigen Zusammenstoß in Petersdorf gekommen, der klar die Unfähigkeit der verschiedenen bürgerlichen Regierungen und Behörden zeigt, Ruhe und Ordnung und die persönliche Sicherheit der oberschlesischen Bevölkerung zu schützen.

Das deutsche Proletariat, das jedesmal für diese von ihm nicht gewollten Provokationen und Zwischenfälle zu büßen hat, muß sich aufs schärfste gegen die Orgeschmachenschaften und ihre Hintermänner in Deutschland selbst wenden.

Flugschrift der Kommunistischen Internationale Nr. 11. Ueber die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen. 16 Seiten, Preis 75 Pfg., für Org. 50 Pfg.

Die Teuerung wächst

Sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter um 100 Prozent notwendig

Der Dollar war zwar im Laufe des Januar fast unverändert geblieben, im Inland aber haben die Preise sich den Weltmarktpreisen weiterhin angeglichen. Drei Statistiken liegen vor, die das Wachsen der Preise im ersten Monat dieses Jahres feststellen.

Professor Dr. Silbergleit (Statistisches Amt der Stadt Berlin) hat ausgerechnet, daß eine dreiköpfige Familie nach den Preisen, wie sie im Januar herrschten, im Jahre etwa 10 500 Mark allein für Ernährungszwecke verbraucht — nach dem Dezemberstand war die entsprechende Summe 9950 Mark.

Dr. Kuczynski („Finanzpolitische Korrespondenz") hat in seiner Statistik nicht nur die Ernährungskosten, sondern auch die Kosten für Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Schulgeld, Steuern, Zeitungen usw. berücksichtigt und hat als Existenzminimum für einen einzelnen Mann 271 Mark wöchentlich, für ein Ehepaar mit zwei Kindern 557 Mark wöchentlich errechnet. Diese Berechnungen gelten aber erst für den Dezember, für den Januar sind sie bereits bedeutend weiter gestiegen.

Das Statistische Reichsamt, das mit seinen Statistiken die Tendenz vertritt, Lohnkämpfe möglichst zu verhindern, hat für den Januar die Lebenshaltungskosten mit 1553 Prozent über den Friedensstand angegeben. Die Ernährungsausgaben sind von 2088 Prozent im Dezember auf 2219 Prozent im Januar gestiegen.

Seit Januar 1921 sind die Lebenshaltungskosten in Deutschland um mindestens 75 Prozent teurer geworden. Es ist vorläufig ein Ende der Preiswelle nicht abzusehen, im Gegenteil bedeutet das neue des Steigen Dollarkurses, daß die Preise im Inland nunmehr erst recht in die Höhe gehen werden. Dabei drückt sich in all diesen Preisen die Wirkung der indirekten Steuern, vor allem der erhöhten Umsatz- und Kohlensteuern noch nicht aus. Löhne und Gehälter halten nicht Schritt mit der Entwicklung. Haben nach den Angaben der „Frankfurter Zeitung" die Kosten für Waren verschiedenster Art das Vierzigfache des Friedensstandes erreicht, so steht dem bestenfalls eine Steigerung der Löhne und Gehälter um das Fünfzehnfache gegenüber.

*

Die Arbeiterschaft, die Angestellten und die Beamten, die Rentner und die Kriegerhinterbliebenen verspüren jedoch auch ohne statistischen Nachweis mit Schrecken die ungeheure Preissteigerung, die auf allen Gebieten in den letzten Tagen eingesetzt hat. Der Wochenlohn und das Monatseinkommen reichen tatsächlich nicht mehr aus zur Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel. Die **Erhöhung des Brotpreises, die eine Folge** der von der USPD. so gelobten Außenpolitik des Groener-Kabineits ist und von Rathenau in Cannes dem Obersten Rat zugesagt wurde, trifft die Arbeiterfamilien auf das empfindlichste. Hierzu kommen noch die Wucherpreise, die heute für Kartoffeln verlangt werden. Brot und Kartoffeln sind aber diejenigen Nahrungsmittel, die den Hauptbestandteil in der Ernährung der Besitzlosen ausmachen. Fleischzutaten beschränken sich nur auf die Sonntage. Brotbelag (Butter, Wurst, Käse) sind Luxus. Nicht minder schwer fallen im Budget des Arbeiters die erhöhten Ausgaben für Straßenbahn ins Gewicht. Die Anschaffung von Stiefeln und Kleidern, und sei es auch nur für ein Kind, werden zur Tragödie innerhalb der Familie des Arbeiters und Angestellten. Zu alledem kommt jedoch noch, daß die **Steuern der Wirth-Regierung** noch nicht in Wirksamkeit getreten sind, daß wir mitten in einer durch das Reichsmietengesetz begünstigten **Steigerung der Wohnungsmieten** um rund 300 Prozent stehen. Für eine elende durchlöcherte Dachwohnung wird der Proletarier in Kürze 1500 Mark und mehr blechen können. Alles in allem ergibt sich, daß eine neue Teuerungslawine herannollt. Das Kapital trifft seine Vorkehrungen, um das Proletariat politisch ohnmächtig zu machen. Die besitzende Klasse weiß sehr gut, daß die Arbeiterschaft diese neuen enormen Belastungen nicht ruhig hinnehmen kann, sondern daß sie ihr den schärfsten Widerstand entgegenstellen wird. Sie bereitet sich auf diese wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse vor. Die Regierung Groener-Wirth erfüllt die politischen Forderungen der Bourgeoisie, indem sie die **Schlichtungsordnung**, das **Arbeitsgesetz** und die übrigen Ausnahmebestimmungen gegen das Proletariat legalisiert.

Die Arbeiterklasse hat nicht lange Zeit zu Vorbereitungen. Sie darf sich selbst nichts vormachen und glauben, daß es diesen politischen Kämpfen auf dem Wege über die Klassenverständigung ausweichen könne. Das erste, was zu tun ist, muß sofort geschehen. Die Arbeiter müssen die Gewerkschafter zu gemeinsamen Lohnkämpfen auf der ganzen Linie zwingen. Soll der Arbeiter der neuen Teuerung nicht noch mehr hinterherhinken, dann ist eine **sofortige Lohnerhöhung um 100 Prozent** unbedingt notwendig. Dann erst ist das Existenzminimum erreicht, dann erst hat der Arbeiter die Möglichkeit sich satt zu essen und seine Familie zu ernähren und zu kleiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0001

Ein Gewaltstreich der Bureaukratie im DEV.

Berlin, 22. Februar. (Eigener Bericht.) Am Dienstag, dem 21. Februar, fand in dem großen Saal der **„Sophiensäle"** die Fortsetzung der am 31. Januar vertagten **Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes** statt.

Knebel (USP.) führte folgendes aus: Die Worte, die ich heute spreche, sind ernst, es **geht um die elementarsten Rechte der modernen Arbeiterbewegung.** Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde die **Bezirksleitung** und die **Ortsverwaltung Groß-Berlin** zu dem **Hauptvorstand** gerufen. Wir glaubten, es handele sich um Verhandlungen zwischen Hauptvorstand, Bezirksleitung und Ortsverwaltung, mußten jedoch erkennen, daß der Hauptvorstand uns nur gerufen hatte, um uns das von seiner Seite gefällte **Urteil mitzuteilen**. Der Kollege **Scheffel** erklärte im Namen des Vorstandes, daß der Streik **ein Verbrechen** gewesen sei, und daß sich sowohl Bezirksleitung wie die Ortsverwaltung über die Beschlüsse des Hauptvorstandes hinweggesetzt hätten, indem sie sich **an die Spitze des Streiks stellten.** **Knebel** und **Willi Schulz** seien deshalb nicht mehr fähig, die bis jetzt innegehabten Posten weiterzuführen. Der Hauptvorstand habe deshalb beschlossen, **Knebel** als Ortsangestellten nach **Gleiwitz** und **Willi Schulz** als **Sekretär** in das Bezirkssekretariat Berlin zu versetzen. Als Bevollmächtigter für Berlin habe er, der Hauptvorstand, den Kollegen **Feese** vom **Deutschen Bauarbeiterverband (!)** eingesetzt. Der bisherige Bezirkssekretär von Berlin **Windler** (SPD.) solle sich als zweiter Bevollmächtigter für Berlin bewerben. In dieser Zusammenkunft wurde uns ferner mitgeteilt, daß der Hauptvorstand **mit allen** gegen **eine Stimmenenthaltung den Kollegen**

Wilhelm Linke (KPD.) aus dem Verband ausgeschlossen

habe. (Stürmische Pfui-Rufe.) Die **unbesoldeten Mitglieder** erklärten, daß sie, wie die gesamte Mitgliedschaft, **die Handlungsweise der besoldeten Mitglieder decken**, und daß die Maßnahmen des Hauptvorstandes als **gegen die Organisation** betrachtet werden müßten. Daraufhin erklärte der Hauptvorstand: Wenn die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin die Beschlüsse des Vorstands nicht anerkennen, **so sind wir gewillt,**

die Ortsgruppe Berlin aufzulösen,

die Mitgliedschaft als **ungültig** zu erklären und eine neue Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Dann werden wir aber alle auf Herz und Nieren prüfen und nur die wieder aufnehmen, die unsere Beschlüsse respektieren. **Knebel** schloß mit den Worten: „**Urteilen und prüfen Sie als Vertreter der Mitglieder selbst über diese Gewaltmaßnahmen.** Entscheiden Sie sich und führen Sie den Abwehrkampf als bewußte Gewerkschafter und Sozialisten". (Lebhafter Beifall.)

Willi Schulz ergänzte die Ausführungen **Knebels** und betonte, daß diese Beschlüsse des **Hauptvorstandes** mit Zustimmung der Kollegen **Breuning** und **Apitsch** (USP.) gefaßt worden seien. Der Hauptvorstand erklärte, die Versetzung der einzelnen Kollegen sei **keine Maßregelung**, sondern nur eine „**organisatorische Maßnahme**".

Ein Antrag, als ersten **Diskussionsredner** den Kollegen **Linke** das Wort zu erteilen, wurde **einstimmig** angenommen. Linke gab den Grund seines Ausschlusses bekannt, der erfolgt sei, weil er in einer am 15. November in Magdeburg stattgefundenen öffentlichen Versammlung der KPD. an Stelle des Genossen **Geschke** über die damalige **Lohnbewegung der Eisenbahner** gesprochen habe. Obwohl die dort anwesenden Mitglieder der Bezirksleitung Magdeburg mit seinen Ausführungen einverstanden gewesen seien, hätten diese jetzt die Anklage erhoben. Sie behaupteten, daß er in der dortigen Versammlung gegen den DEV. gesprochen habe. Der Verbandstag werde über diesen seinen Ausschlußantrag zu entscheiden haben, und er sei sicher, daß das Urteil dieser Instanz anders ausfallen wird, als das des Hauptvorstandes.

Fast zweieinhalb Milliarden neue Liebesgaben an die Agrarier

Reichstagssitzung vom 21. Februar 1922.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen, die fast ausschließlich der Erweckung des Chauvinismus dienten, wurde das **Ultimatums-Versorgungsgesetz für Soldaten** dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Hieran schloß sich die erste Beratung des

5. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921.

Die Vorlage sieht eine neue Gesamtausgabe von 19,4 Milliarden vor, darunter 850 Millionen zur Gewährung von widerruflichen Wirtschaftsbeihilfen an Reichsbeamte usw. mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und 2,35 Milliarden für Maisverbilligung.

Die Rechtssozialistin Frau **Ryneck**: Die Politik der Geschenke an das Bürgertum muß aufhören. Die landwirtschaftliche Produktion hat sie keineswegs gefördert. Der Brotpreis wurde um 75 Prozent erhöht. Die Kartoffel ist heute ein Luxusgericht. Es wird ein unerhörter Zuckerwucher getrieben. Der Reichsernährungsminister muß dafür sorgen, daß das Volk zu Brot und Nahrung kommt.

Der Unabhängige Dr. **Herz** konstatierte die Nichterfüllung aller Versprechungen des Ernährungsministers und aller agrarischen Verbände. Mit den Maisbezugsscheinen, die dem Volke viele Milliarden kosten, sind unerhörte Betrügereien getrieben worden.

Der Deutschnationale **Schiele** stellte fest, daß die Maisliebesgabe auf einen interfraktionellen Beschluß **einschließlich der Sozialdemokraten** zustandegekommen sei.

Genosse Höllein:

Auch der vorliegende Nachtragsetat zeigt ein **weiteres Hinabgleiten in den kapitalistischen Modersumpf. Herr** Rathenau versprach in Cannes im Namen des Reichs **die Balancierung des Etats, den Abbau der Lebensmittelzuschüsse und des Beamtenkörpers, die Behebung der Defizite bei Post und Eisenbahn.** Eine **Auswirkung dieser Sparsamkeitspolitik war der Eisenbahnerstreik.** Trotz aller gegenteiligen Versuche treibt man eine ruch- und **schamlose Maßregelungspolitik. Trotzdem wagt Herr Groener**, eine neue Warnung an die Eisenbahner vor einem neuen Streik loszulassen. Dieses Mittel der Einschüchterung wird aber kläglich versagen. Nicht aus Uebermut wächst erneut die Streikstimmung, sondern auf Grund der schamlosen Rachepolitik der Eisenbahnverwaltung und ihrer Bureaukraten. Es ist notwendig, den Schwindel Groeners hier aufzudecken. Seine **Handgranatenattentate haben sich als Arbeit bezahlter Spitzel,** die schon im März 1921 in Mitteldeutschland „erfolgreich" tätig **waren,** erwiesen. Die Lobreden, auch die der Sozialdemokraten, auf die Technische Nothilfe als Musterstreikbrechergarde charakterisieren sich selbst. Ebenso der Versuch, die streikenden Eisenbahner als gelbe Elemente hinzustellen. **Diese handelten als ehrliche aufrechte Proletarier, während die Bonzen vom ADGB. eine wirkliche gelbe Politik betrieben.** Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die Regierung den Eisenbahnerstreik **bewußt provoziert** hat. Wenigstens zeugt dafür ein vertrauliches Rundschreiben des Reichsverkehrsministers vom Dezember 1921, wonach bis zum 22. März 1922 **mindestens 20 000 Eisenbahner „einzusparen" seien.** Aus allen Teilen des Reiches erhalten **wir** Zuschriften, daß munter weiter gemaßregelt wird. In **Magdeburg** schuhriegelt man besonders **Arbeiter**, weil die Regierungserklärung nur von Beamten spricht. **Das** ist echt Groenersche Interpretationskunst. Doch bei den 20 000 Entlassungen soll es nicht bleiben. **Im neuen Etatsjahr sollen weitere 50 000 Proleten aufs Pflaster geworfen werden.** Und die Zurückbleibenden sollen durch vermehrte Ausbeutung und längere Arbeitszeit die Arbeit der dem Hunger Ueberantworteten umsonst mit leisten. Von einer Entlassung der **reaktionären Oberbureaukraten,** deren Zahl ständig wächst, hört man kein Sterbenswort. Ebenso ist es im **Postministerium.** Auch hier ein **Ueberwuchern der höheren Beamten,** die nichts arbeiten, aber Riesengehälter beziehen. Und das geschieht in der herrlichen sozialen Republik, von einem Kabinett, in dem die **Sozialdemokraten** bestimmenden Einfluß haben.

Noch weit unerfreulicher ist die **neue Aushungerungspolitik der Regierung Wirth. Das Brot ist auf 14 Mk. verteuert und weitere** gewaltige Brotpreistreibereien stehen unmittelbar bevor. Den breiten Massen zwingt man das verteuerte Brot auf, während man eine großzügige Liebesgabenpolitik für die Agrarier fortsetzt,

2,35 Milliarden für Maisverbilligung sollen den Agrariern wieder zugeschanzt werden.

Die bisherige Verbilligungspolitik **der Regierung ging ebenfalls auf Kosten der Arbeiter.** Alle Vorteile hatte das Kapital. Das Unternehmertum **weigert** sich, einen Lohnausgleich für die Brotpreissteigerung zu gewähren. So sinkt die Lebenshaltung des Proletariats unaufhaltsam. Da **wir jedoch bereits an der Hunger**grenze angelangt sind, **sind gewaltsame Auseinandersetzungen unausbleiblich.** Ebenso schamlos ist der Kartoffelwucher.

In Groß-Lichterfelde forderte man 7,20 Mk. für ein Pfund Kartoffeln.

Alle Lasten müssen die Werktätigen tragen. Hand in Hand geht ein erbitterter Kampf gegen den **Achtstundentag,** auch in der Privatindustrie. Und ebenso sucht man den Arbeitern und Beamten das **Streikrecht** zu rauben, durch Organe der Klassenjustiz. Für ein **Zivildienstpflichtjahr** wird offen Propaganda gemacht. Daran beteiligen sich auch die Demokraten. Die Herren von rechts mögen sich aber gesagt sein lassen, **daß die deutsche Arbeiterklasse jeden solchen Versuch, auch wenn die Gewerkschaftsführer ihn mitmachen, mit allen Mitteln im Keime ersticken wird.** Bei Gelegenheit der Besprechung des Justizetats wird sich Gelegenheit bieten, in den Saustall hineinzuleuchten, der sich in den deutschen Gerichten, besonders in den Potsdamer Gerichten, breitmacht. **Offenkundige Mörder, wie die Herren von Kähne, werden noch regelrecht geschützt.** Alle geschilderten Dinge bilden jedoch nur den Hintergrund für die Erfüllungspolitik der Reichsregierung, die nicht wagt, den einzig gangbaren Weg: **die Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion und der Preise zu gehen.** Keine bürgerliche **Politik wird** diesen Weg beschreiten. Das Proletariat aber, gepeitscht durch Elend und Hunger, wird allen Quacksalbereien und trügerischen Ratschlägen zum Trotz den Weg seiner Selbsterhaltung finden. Das Verhalten der Rechtssozialisten in den letzten Wochen hat die sich zwischen den Arbeitern anbahnende Brücke wieder jäh zerschlagen. Sie hat sich wiederum auf die Seite des **Kapitals** gestellt und vorübergehend noch einmal den Gedanken einer **Arbeiterregierung,** die allein sozial und proletarisch handeln kann, zum Scheitern gebracht. **Doch dieser Gedanke ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, er wird sich immer mehr vertiefen und trotz Stampfer und Hermann Müller seinen Sieges**zug **durch Deutschland und für das übrige Proletariat der Welt antreten.** (Bravo bei den Kommunisten.)

Der Minister gegen die Ernährung, **Hermes**, sang ein Loblied auf die Agrarier. Von 2,5 Millionen Tonnen Umlagegetreide seien 2,25 Millionen abgeliefert. Die Landwirtschaft **braucht** Bewegungsfreiheit. Auch die **Führer des ADGB.** haben meine Fleisch- und Getreideeinfuhr gebilligt. Auf dem Landbundtag in Hannover erklärte der deutschnationale Abgeordnete **Lind**, die verfluchte Judenzwangswirtschaft habe in der Heimat Greise und Kinder gequält, als die Männer im Felde waren. Das Volk habe darben müssen, weil die verfluchte Judenbande, die Reichsgetreidestelle am Kurfürstendamm, dazwischenstand. Die Angriffe des Abgeordneten **Herz** in der Maisfrage sind unbegründet. Für 140 000 Schweine wurden Mastverträge abgeschlossen. Es ist allerdings Mißbrauch mit Maisbezugsscheinen getrieben worden. In 209 Fällen sind „Unregelmäßigkeiten" vorgekommen. Dagegen werde ich einschreiten. Die 2,35 Milliarden sind **notwendig durch die weiter eingetretene Entwertung der Mark.**

Der Zentrumsabgeordnete **Blum** war mit der **Ernährungs**politik von Hermes einverstanden. **Er forderte aber die völlige** Freigabe der Getreidewirtschaft.

Hierauf wurde die Vorlage dem Hauptausschuß überwiesen. Das Mietsteuergesetz wurde in der Abstimmung in der Fassung der Ausschußanträge angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Vorlagen über Ablieferung von Außendevisen, Reichsmietengesetz, Mietsteuer und Haushaltsplan.

Die SPD. gibt die gemaßregelten Verkehrsarbeiter preis

Parlamentarisches Geplänkel um die Schule

Berlin, 22. Februar. (Eigener Bericht.)

Der Preußische Landtag verbrachte den gestrigen Dienstag mit der Vollendung der allgemeinen Debatte zum **Kultusetat.** Später begann er noch die Erörterung des Kapitels „Universitäten und Technische Hochschulen". Zwischendurch wurden um 4 Uhr die **Abstimmungen über die kommunistischen und unabhängigen Anträge** zugunsten der **gemaßregelten Eisenbahner und Gemeindearbeiter** vorgenommen. Sie waren namentlich. Der Geist Groeners triumphierte. Beide Anträge wurden durch die arbeiter- und beamtenfeindliche Einheitsfront, **die vom Deutschnationalen Hergt bis zum Sozialdemokraten Hirsch** reichte, niedergestimmt: der Unabhängige mit 240 gegen 39 (unabhängig-kommunistische) Stimmen, der Kommunistische mit 244 gegen 38 Stimmen.

Als das Ergebnis auf der Linken mit Pfuirufen quittiert wurde, zeigte sich auf den Gesichtern der sozialdemokratischen Groenergarde nicht etwa Scham, sondern **sie lachten aus vollem Halse.** Die Arbeiter und Beamten mögen sich dieses freche Lachens erinnern, wenn die Sozialdemokratie wieder einmal scheinheilig um Stimmen wirbt. Die Abstimmung über die zahlreich eingebrachten Anträge der Parteien zum Kapitel „Allgemeine Verwaltung" des Kultusetats wurden zurückgestellt.

Zu Beginn der Sitzung kam **Konrad Haenisch** zu Wort. Sehr schlecht bei Stimme war der durch die Görlitzer Politik der SPD. geopferte ehemalige Kultusminister. Und neue Gedanken brachte er auch nicht zu Tage. Was man hörte, war ein Auszug aus seinen Büchern.

Boelitz denkt nicht daran, sich von der Sozialdemokratie irgendwelche Vorschriften in Fragen der Schulpolitik machen zu lassen. Die schmähliche Politik der SPD. in der nachrevolutionären Zeit rächt sich bitter.

Ihrer Unterwerfung unter das **Zentrumsdiktat** in Angelegenheiten des Geisteslebens durch die Weimarer Verfassungsverhandlungen folgt jetzt naturgemäß die neue Unterwerfung unter das Diktat von Stinnes. Der Schule, der Schulreform wie die von Lehrern, Eltern und Schülern im Geiste der neuen Zeit der Revolution erhofft wird, dürfte es dabei schlecht ergehen.

In seinem Bericht über das Kapitel „Universitäten, Hochschulen" jammerte der Sozialdemokrat Cunow alias Professor Konzessionsschulze, über den an den Universitäten herrschenden Geist. Der Volksparteiler **Pinkerneil** quittierte darauf wohl absichtlich mit einer Verherrlichung des nationalen Rummels und des Ausländerhasses.

Als der Unabhängige Dr. **Weyl** scharfe Kritik an dieser nationalen Ueberlebtheit übte und die treibenden Kräfte der monarchistischen Verschwörungen an den Hochschulen bloßlegte, gab es zeitweilig Leben im Hause.

Die Fortsetzung der Debatte findet Mittwoch statt.

Tariferhöhungen bei der Eisenbahn

Berlin, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „P. P. N." **melden:** Im Anschluß an die am 1. März in Kraft tretenden **neuen Gütertarife**, die eine Tariferhöhung von 20 Prozent vorsehen, ist vielfach in der Oeffentlichkeit die Befürchtung laut geworden, daß für die nächste Zeit, z. B. **zum 1. Mai, auch mit einer Erhöhung der Personentarife zu rechnen sei.** Im Reichsverkehrsministerium erklärt man demgegenüber, daß dort von einer weiteren Erhöhung der Personentarife **nichts bekannt** sei und auch in keiner Weise daran gearbeitet werde.

Allerdings beabsichtige man **nicht mehr solange wie bisher, meistens drei Monate,** mit einer Steigerung der Fahrpreise zu warten, wenn eine **weitere Entwertung der Mark** und entsprechende Teuerung dies zur Finanzierung der Reichsbahn nötig mache, sondern man wolle kaufmännischer Gepflogenheit entsprechend in der Ausgestaltung der Tarife Schritt halten mit dem Geldwert.

*

Diese Meldung der „P. P. N." besagt also folgendes:

1. Im Reichsverkehrsministerium ist von einer Erhöhung der Personentarife zum 1. Mai nichts bekannt.
2. Man will in Zukunft nicht mehr drei Monate bis zur nächsten Tariferhöhung warten. Da die letzte Tariferhöhung für den Personenverkehr eben erst am 1. Februar stattfand, so wird also die **nächste noch vor dem 1. Mai eintreten.**

Da die Regierung nicht willens war, die Eisenbahn von der Bewucherung des **Eisen- und Kohlen-Kapitals** freizumachen, so weiß sie eben kein anderes Mittel, die Eisenbahn rentabel zu machen, als die Tarife zu erhöhen und Arbeiter und Beamte zu entlassen.

Eisenbahner wollen den Kampf!

In **Königsberg** in Preußen fanden drei Eisenbahner-Versammlungen statt, die von etwa 7000 Personen besucht waren. Es wurde **einstimmig** eine Resolution angenommen, die sich schärfstens gegen die Maßregelungspolitik der Reichsregierung wendet. Sollte diese oder irgendeine kommende Regierung nicht unverzüglich die Zusage an die Eisenbahner restlos und vorbehaltlos erfüllen, so sind die Eisenbahner entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Die Verantwortung fällt dem unfähigen Leiter der Reichsbank und dem ihm zuständigen Kabinett zur Last.

*

Aus Essen wird gemeldet, daß dort unter der Beamtenschaft, wie unter den Bergarbeitern fortwährend große Erregung herrscht. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner hält nach wie vor zahlreiche Versammlungen im Industriegebiet ab, die alle erkennen lassen, daß noch große Unzufriedenheit und Erbitterung unter der Beamtenschaft herrscht. In einer dieser Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die im Namen der Essener Beamten und Arbeiterschaft die Instanzen beauftragt, binnen wenigen Tagen von der Regierung eine bindende Zusage zu erzwingen, **daß alle** Maßregelungen sofort niedergeschlagen werden.

Die bayrischen Eisenbahner fordern Erhöhung der Gehälter und Löhne

München, 19. Februar. Die Verbandsleitung des Bayrischen Eisenbahner-Verbandes hat beschlossen, den zuständigen Regierungsstellen in Berlin eine Kundgebung zu unterbreiten mit dem eindringlichen Ersuchen, umgehend den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn durch eine allgemeine durchgreifende Erhöhung der Gehälter und Löhne, die nicht hinter den Lohnsteigerungen für die Bergarbeiter zurückbleibe, zu Hilfe zu kommen.

Der Arbeitermörder v. Kähne bleibt auf freiem Fuß

Die Untersuchungskomödie **gegen den Arbeitermörder v. Kähne auf Petzow** nimmt immer groteskere **Formen** an. Wie die P. P. N. mitteilen, hat der Regierungspräsident von Potsdam am Dienstag lediglich einen Landjäger beauftragt, beim Gutsinspektor der Familie v. Kähne, einem Hauptmann v. Hellwig, eine **„Durchsuchung nach Dienstwaffen"** vorzunehmen. Weitere Schritte sind gegen den Junker nicht unternommen worden. Insbesondere **weigert sich das Amtsgericht Werder nach wie vor, einen Haftbefehl gegen den Mörder zu veranlassen.** Die Richter berufen sich jetzt umgekehrt auf die Staatsanwaltschaft in Potsdam, die eine Voruntersuchung wegen „versuchten Totschlags" anberaumt habe und der „gerichtlicherseits nicht vorgegriffen" werden könne.

Immer kläglicher wird im Verlauf der Justizkomödie **die Rolle** der Regierung, besonders **des preußischen Ministers des Innern. Wir verlangen von Herrn Severing die sofortige Verhaftung des Mörders v. Kähne und die Ausschaltung des Amtsgerichts Werder und der Staatsanwaltschaft Potsdam** wegen bestehender Verdunkelungsgefahr, von der Voruntersuchung.

Die SPD. und die Stinnespartei halten am Steuerkompromiß fest!

Stresemann hat in einer Rede auf einer Berliner Parteikonferenz der Deutschen Volkspartei erklärt, **daß die Deutsche Volkspartei sich in ihrem Verhalten gegenüber dem Steuerkompromiß** auch durch die letzten Vorkommnisse **nicht beirren lassen werde.** Die „**Sozialistische Korrespondenz**" bezeichnet diesen Standpunkt der Deutschen Volkspartei als „recht gescheit". Für die Rechtssozialisten ist also das Steuerkompromiß nach wie vor die Grundlage der Politik. Das Steuerkompromiß, der Steuerraubzug, bedeutet zugleich die Herstellung der Großen Koalition in mehr oder weniger kurzer Zeit. Der ganze Kampf zwischen der Stinnespartei und den Rechtssozialisten aus Anlaß der letzten Regierungskrise war nur Theaterdonner.

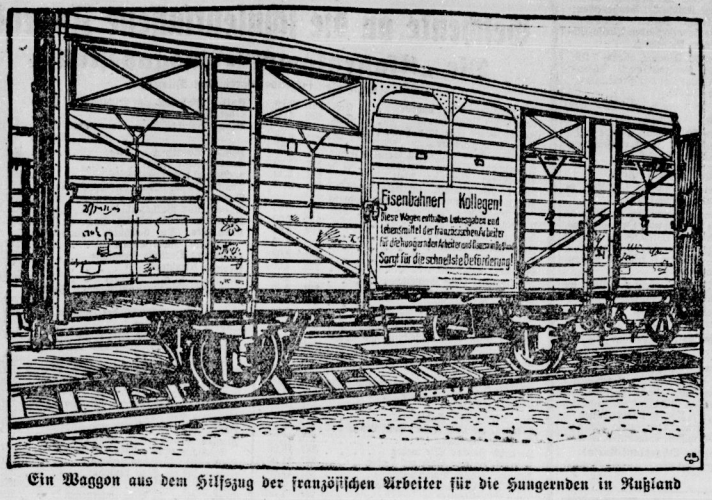
Die Arbeiterschaft lehnt nach wie vor das Steuerkompromiß als eine unerträgliche Belastung der Volksmassen ab. Die Arbeiterschaft wird in geschlossener Front den Kampf gegen das Steuerkompromiß und gegen die Koalitionspolitik, die Trägerin dieses Kompromisses ist, führen.

Ende des Metallarbeiterstreiks in Hagen i. W.

Hagen, 21. Februar.

Der Streik in der Metallindustrie des Bezirks Hagen-Schwelm ist durch Einigung zwischen dem Arbeitgeberverbande und den Gewerkschaften beendigt worden. Die Arbeit wurde heute früh überall wieder aufgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0002



Ein Waggon aus dem Hilfszug der französischen Arbeiter für die Hungernden in Rußland

Die zweite große Sendung der revolutionären französischen Arbeiterschaft für die Hungernden in Rußland in Stettin eingetroffen

Nachdem am 6. Dezember das vom französischen „Hilfskomitee für das russische Volk" ausgerüstete Schiff bei Malta gesunken war, haben die französischen Genossen ohne Zögern zunächst einen Hilfszug ausgerüstet, der von Metz aus am 21. Januar abgegangen und über Forbach-Saarbrücken-Frankfurt-Berlin am 29. Januar in Stettin eingetroffen ist. Besonders ist auch der Eifer der Metzer Genossen bei der Ausrüstung und Zusammenstellung des Zuges zu erwähnen. Er besteht aus 11 Wagen, die 89 000 Kg. Reis, ca. 11 000 Kg. Speisetalg, ca. 25 000 Kg. kondensierte Milch, ca. 10 000 Kg. Teigwaren, ferner etwa 65 000 Kg. gebrauchte Kleider und Wäsche geladen haben. Die letzteren wurden zum großen Teil durch Haus- und Straßensammlungen bei der armen Arbeiterbevölkerung Frankreichs aufgebracht. Dazu kommt noch ein großer Posten Seife, Corned beef, Büchsen-Konserven, Schokolade (für die Kinder).

Dank an die Eisenbahner!

Trotz des erheblichen Zeitverlustes, der durch die engherzige reaktionäre Handhabung des Zolles durch die Pariser Finanzverwaltung während vier Tagen im Saargebiet eingetreten war, war es dennoch möglich, den 11-Wagen-Zug in kurzer Zeit in Stettin eintreffen zu lassen. Dank gebührt den saarländischen und all den deutschen Eisenbahnern, insbesondere den Oberzugleitungen und dem Zugpersonal derjenigen Direktionen (Ludwigshafen, Mainz, Frankfurt, Kassel, Berlin, Stettin), die mit großem Interesse die Beschleunigung und die Anschlußführung an die schnellsten Güterzüge durchgeführt haben.

Zum erstenmal kein Munitionszug gegen, sondern ein Hilfszug aus Frankreich für Sowjet-Rußland

Hatten bisher ohne erheblichen wirksamen Widerstand des französischen Proletariats nur Mordwerkzeuge und Explosionsstoffe von 1919 ab auf dem Wege nach Polen, Rumänien usw., geführt von deutschen Eisenbahnern, das deutsche Gebiet passiert, so war dieser kleine Hilfstransport der erste Versuch, die ungeheure Schuld abzutragen, die auf dem Weltproletariat gegenüber Sowjet-Rußland lastet. Ist doch — und das kann nicht genug betont werden! — die Wolga-Hungersnot nächst der Sommerdürre von 1921 eine Folge der Wirtschafts- und Transportzerrüttung durch die Blockade und der unaufhörlichen Kriegführung gegen die Sowjetrepublik, die von den westeuropäischen Proletariern fast tatenlos mit angesehen und geduldet wurde. — Ein neues Schiff mit 2000 Tonnen Reis wird gegenwärtig in Marseille ausgerüstet.

„Die Parteizersetzung in der USP. begonnen"

Diesen Ausspruch hat kein böswilliger Kommunist getan, sondern die Dresdner unabhängige „Volkszeitung", indem sie sich mit dem Vorgehen mit der Minderheit der Reichstagsfraktion der USP. beschäftigte. Das Blatt schreibt:

„Dieses bewußte und planmäßige Fernbleiben eines erheblichen Teiles der Fraktion ist nicht nur ein peinlicher Vorgang, sondern auch eine sachlich sehr ernst zu nehmende Erscheinung, die zu Folgerungen und Konsequenzen von unabsehbarer Tragweite führen kann. Für jede Partei sind zwei Dinge unerläßlich: Erstens eine klare und eindeutige Politik, zweitens eine feste und geschlossene Durchführung derselben. Das erste Erfordernis erhält seinen Wert erst durch die Sicherung des zweiten. Was nützt eine klare Politik, wenn nicht die ganze Fraktion darnach handelt. Wird ein solches selbständiges Abweichen einer Minderheit von dem beschlossenen Willen der Mehrheit erst gang und gäbe, so hat die Parteizersetzung begonnen."

Aehnliche Ausführungen finden sich in den meisten unabhängigen Provinzblättern. Man merkt ihnen an, daß die Bewegung der unabhängigen Arbeiter gegen die Parteiführer immer stärker wird und immer schärfere Formen annimmt. Und wie verhalten sich dazu die Rechtsunabhängigen? Die Antwort darauf finden wir — natürlich! — in der „Leipziger Volkszeitung". Dieses Leibblatt der Hilferding, Breitscheid schreibt in heller Empörung:

„Die Abstimmung unserer Reichstagsfraktion bei der Entscheidung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth hat in der Parteipresse einigen Staub aufgewirbelt. Einige Heißsporne der Polemik, die schneller sind im Urteil als bewandert in der Parteigeschichte und in der Kenntnis des parlamentarischen Brauchs der Sozialdemokratie, haben schon Kübel des Zorns über die 13 Fraktionsmitglieder ausgegossen, die bei der Abstimmung den Saal verließen . . . Schon ist im Magdeburger Parteiblatt, in der Erfurter „Tribüne" und einigen anderen Parteigenossen gefordert worden, daß die Sünder vor das Parteigericht geladen werden. Die Erfurter „Tribüne" spricht sogar von glattem Disziplinbruch, den sich die Fraktionsmehrheit und die Partei nicht gefallen lassen dürfe; Zentralkomitee und Parteivorstand hätten die Pflicht, die „13 Drückeberger" zur Verantwortung zu ziehen. Daß es mit diesen Anklagen nichts auf sich hat, muß jeder Parteigenosse wissen, der die Geschichte der Abstimmungen über die Militärkredite kennt (seligen Angedenkens. D. Red.). Bei den Erörterungen darüber ist oft genug dargelegt worden, daß allezeit die Verpflichtung zur Fraktionsdisziplin begleitet war von der Bestimmung, daß Genossen die sich einem Fraktionsbeschluß aus Gewissensbedenken (!) nicht fügen können, das Recht haben, den Saal bei der Abstimmung zu verlassen."

Man sieht, wie die Krise in der Partei von ihren beiden Flügeln aufgefaßt wird: Während die Führer die Gegensätze durch rein organisatorische Betrachtungen vertuschen wollen, erkennen die Arbeiter auch die ganze politische Tragweite der Führerpolitik. Die vor Monaten auf dem Leipziger Parteitag der USP. mit solcher Mühe geschaffene „Einigung" erweist sich nun als ein Trugbild. Der Konflikt wird sich zweifellos in der nächsten Zeit weiter verschärfen und eine Lösung „mit Stinnes" oder „im Sinne des Proletariats" herbeiführen.

Die Arbeiter haben es im Arbeitshaus besser

Im Schweriner Landtag wurden dieser Tage Gesetzentwürfe über den Unterstützungswohnsitz, das Landarmenhaus und das Landarbeitshaus beraten. Das Mecklenburger Arbeitshaus zu Güstrow ist weit über die Grenzen Mecklenburgs berüchtigt. Der Gesetzentwurf über den Unterstützungswohnsitz regelt die Unterbringung ausländischer Arbeiter im Arbeitshaus, der andere Gesetzentwurf die gleichen Möglichkeiten für die einheimische Arbeiterschaft. Bei den Kommissionsberatungen war beschlossen worden, die Worte „Armenhaus" und „Arbeitshaus" durch „Armenfürsorge" zu ersetzen. Unser Genosse Mayenburg kennzeichnete diese Heuchelei und verlangte, man solle wenigstens die Dinge beim rechten Namen nennen.

Dem trat der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Schweriner Landtage, Moltmann, entgegen und schilderte den Segen des Armenhauses. Dabei verstieg er sich zu folgender Wendung:

Die Arbeiter haben es im Arbeitshaus vielfach bedeutend besser als zu Hause.

Diese schamlosen Worte, die tatsächlich den Zustand unserer sozialen Republik in ihrer ganzen Erbärmlichkeit bloßlegen, dürfen die Arbeiter nicht vergessen. Diese Worte aus dem Munde eines Sozialdemokraten, sollten als Sinnspruch gedruckt in der Wohnung eines jeden Arbeiters hängen.

Deutsche Vertreter im Ausbeuterkonsortium

Wie der „L. A." von unterrichteter Seite erfahren haben will, sollen maßgebende englische Kreise die Reichsregierung davon in Kenntnis gesetzt haben, daß sie die Anwesenheit deutscher Vertreter in London auf der Sitzung des Finanzkommissariats für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas sehr gern sehe. Daraufhin sollen sich deutsche Vertreter, unter denen sich Staatssekretär Bergmann und Geh. Rat Kempner befinden, nach London begeben haben.

Paris, 22. Februar. Die Meldung der „Chigaco Tribune", daß der Hamburger Bankier Karl Warburg sich nach London begeben werde, wird von verschiedenen Seiten bestätigt.

Die Verschiebung der Genua-Konferenz

Berlin, 21. Februar. Die französische Regierung hat heute der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß sie bei der italienischen Regierung unter Hinweis auf die in dem Memorandum des französischen Ministerpräsidenten geltend gemachten Gründe eine Aufschiebung der Konferenz von Genua beantragt habe.

Politische Nachrichten

Zur internationalen Konferenz in Frankfurt

Zur Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch folgende Vertreter entsenden: Bernstein, Hue, Silberschmidt, Sollmann und Vogel-Fraktion. Die USPD. wird vertreten sein durch Breitscheidt, Dißmann, Dittmann, Hilferding, Ledebour, Dr. Rosenfeld und Mathilde Wurm. Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft wird drei Mitglieder, darunter Däumig und Levi, zu der Konferenz entsenden, die bis dahin wohl schon Mitglieder der USP. sein werden. Am 23. und 24. Februar finden in Frankfurt kleinere Vorbesprechungen statt.

Rein sozialistische Regierung in Braunschweig

Braunschweig, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern tagte die Eröffnungssitzung des Landtages, die das Ministerium wählte. Es wurde eine rein sozialistische Regierung gebildet, in der nur Sepp Oerter ersetzt wurde. Die Kommunisten unterstützen diese Regierung.

Der Dollar steigt

Berlin, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldnng). Der Dollar stieg gestern abend auf 230.

Ausland

Verschärfung im dänischen Arbeiter-Konflikt

Kopenhagen, 21. Februar. Im dänischen Arbeiter-Konflikt ist eine Verschärfung eingetreten. Die Verhandlungen mit der Hafenarbeiter-Organisation sind gescheitert. Zugleich haben die Elektrizitätsarbeiter, 2000 an der Zahl, die Vorschläge der Vergleichskommission abgelehnt. Es ist demnach damit zu rechnen, daß der Arbeiterkonflikt bis zu Ende durchgekämpft werden muß.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist jetzt auf 100 200 gestiegen.

Neue Niederlage der Koalition Lloyd Georges

London, 21. Februar. Bei der Nachwahl im Unterhause in North Camberwell, Bezirk London, erhielt Ammon (Arbeiterpartei) 7554, Meller (Konservativ) 6717 Stimmen. Der Sitz ist somit von der Arbeiterpartei gewonnen worden.

Die koalitionsgegnerische Presse bezeichnet das Ergebnis der Nachwahl in North Camberwell als einen neuen Schlag gegen die Koalition. Laut Daily News ist dies der 18. Sitz, den die Koalition seit den Wahlen von 1918 verloren hat; 12 davon hat die Arbeiterpartei gewonnen.

Frau Justitia und die Waschfrau

Modernes Sittenbild aus einer demokratischen Republik

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Im November vorigen Jahres erregte ein Prozeß in weiten Kreisen Düsseldorfs berechtigtes Aufsehen. Angeklagt waren die Witwe H. Nolte, der Kaufmann Edmund Pasch, Kaufmann Walter Ulie und Elektromonteur Wilhelm Krei.

Die Hauptangeklagte, Witwe Nolte, war vor nicht langen Jahren Waschfrau. Von ihrem ersten Manne, Piel, geschieden, dann verwitwete Frau Nolte, hat sie in einer Reihe Ehescheidungsprozesse eine üble Rolle gespielt. Auch Nolte soll sich wegen ihres Lebenswandels im Felde das Leben genommen haben. So wurde sie Witwe. Ihr letzter Liebhaber, Kaufmann Camps, den sie durch raffinierte Ausbeutung zum Bankrott trieb, nachdem sie ihn von seiner Frau weggelockt, hat sich ihretwegen im Keller ihres Hauses erhängt.

Diese Frau, die jedenfalls nicht durch gewöhnliches „Waschen"

es zu einem eigenen Haus auf der Hüttenstraße

gebracht hat, war wegen eines groß angelegten Versicherungsschwindels zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte die Mitangeklagten angestiftet, aus ihrem Hause während ihrer Abwesenheit Teppiche und Gemälde zu stehlen. Die Sachen hatten einen Wert von 5000 Mark, waren aber zu 60 000 Mark versichert. An Gerichtsstatt wurden über das Leben dieser Frau die tollsten Dinge enthüllt. Die bereits 47jährige Angeklagte verkehrte mit ganz jungen Burschen, mit denen sie anrüchige Häuser besuchte. Sie feierte die Feste, wie sie fielen. Noch an dem Tage des fingierten Diebstahls besuchte sie als Mitbewerberin eine Schönheitskonkurrenz.

Die ehemalige Waschfrau hatte zu leben gelernt. Sie bewegte sich in den feinsten Hotels, war im „Breidenbacher Hof" zu Gast. In ihrem Hause war sie in raffiniertem Luxus gebettet.

Unter einem Baldachin auf Fellen lag tagsüber Zigaretten rauchend.

Hier empfing sie ihre Besuche. Die Nächte waren eine Kette von Orgien. Mit den abenteuerlichsten Gestalten und internationalen Verbrechern umgeben, glich diese Frau einem Raubtier. Allerdings einem modernen, Männer fressenden Ungeheuer.

Vom Gericht weg wurde sie nach Verkündigung des Urteils in ihrem eigenen Auto, einem Geschenk eines ihrer Liebhaber, ins Gefängnis „Ulmerhöh" gebracht.

Denn den grünen Wagen weigerte sie sich zu besteigen.

So trat sie die Fahrt ins Gefängnis, von ihrem Liebhaber begleitet, mit besonderer Vergünstigung an.

Man sollte nun annehmen, daß ein solches Weib bis zum Rest ihrer Strafe festgehalten würde. Wie diese politische Ehrenhäftlinge sind erbarmungslos jahrelang von ihrer Familie weggerissen, weil es das Klassengericht so wollte.

Aber gewöhnliche Verbrecher erfreuen sich oft eines besonderen Glückes. Besonders wenn sie in der Lage sind, eine tüchtige Kaution stellen zu können, ist die Freiheit bald wieder erlangt. Und unsere große Schwindlerin war so glücklich, aus dem Gefängnis heraus ihr Haus, welches sie einst für 73 000 Mark gekauft, für 550 000 Mark zu verkaufen.

Sie hinterlegte also die niedliche Summe von 100 000 Mark Kaution

und erfreut sich augenblicklich der goldenen Freiheit. Für wie lange? Das steht bei denselben unerbittlichen Staatsanwälten, welche so manchem armen Teufel bis zum Verzweifeln hinter die Gitter sperren.

Es ist ja auch nicht Frau Nolte allein, welche das hohe Glück hat, einen milden Staatsanwalt gefunden zu haben. Man kennt ja aus dem Reiche aus letzter Zeit so viele „gute" Richter und Staatsanwälte. Nur darf man nicht der bestitzten Klasse angehören. Dafür sind diese guten Richter nicht zu Hause.

Aber um auf die

ehemalige Waschfrau, jetzige Haus- und Autobesitzerin

zurückzukommen, ist es noch mehr verwunderlich, sie in Freiheit zu sehen, da gegen sie noch ein Prozeß wegen Hehlerei und dergleichen schwebt. Die Akten darüber waren allerdings schon einmal „aus Versehen" unter „Erledigt" beiseite gelegt worden. Auch ein Meineidsverfahren schwebt noch gegen dieselbe Frau. Wegen Diebstahls, Hehlerei und damit zusammenhängenden Fällen werden sonst wegen Verdunkelungsgefahr die Angeschuldigten in Haft genommen. Frau Nolte hat auch hierin Glück. Oder hält man diese gerissene Verbrecherin für harmlos? . . .

Jedenfalls hat Frau Nolte noch große Pläne. Für kommenden Montag hat sie

die Auktion ihres Mobiliars angekündigt.

Ob sie die schönen Sachen nicht allein stehen lassen will, oder ob ihr im Augenblick flüssiges Geld lieber ist, wer weiß es. Ein Paß kostet jedenfalls allerhand und die Staatsanwaltschaft könnte das Nachsehen haben.

Ihre alten Freunde hat sie leider nicht alle wiedergefunden. Der letzte Liebhaber, ein gewisser Hans Pasch, Bruder eines der mit ihr Angeklagten, sitzt wegen Millionenschwindeleien fest. Aber aus den Kreisen ihrer Anbeter findet sie Leute, zu allen Schandtaten bereit. Sie hat es einmal fast fertig gebracht,

die Frau eines von ihr verführten Opfers ins Irrenhaus zu bringen,

um sich Geld und Besitz der Frau anzueignen. Vergiftungspläne und ähnliche Lieblichkeiten gehören bei ihr zu den gewohnten Gedankengängen. Kurzum: — zu allem fähig.

Und diese Frau läßt die Dame Justitia mit der Binde vor den Augen, frei, obgleich dieses Weib noch beinahe ein Jahr zu brummen hätte. Im Jahre 1920 sind bei einem

großen Kalischieberprozeß ebenfalls „angesehene" Leute

zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Auch von diesen sind während der Zeit ihrer zu verbüßenden Strafe welche in Düsseldorf freispazierendgehen gesehen worden. Man muß eben Glück — und Geld haben.

Die politischen Gefangenen, die durch Ausnahmegerichte zu unerhört hohen Strafen verurteilt worden sind, warten vergeblich auf ihre Freiheit. Für sie kennt der Klassenstaat keine Gnade. Ein armes Dienstmädchen wollte ein paar Eier schmuggeln — drei Monate Gefängnis mit sofortiger Abführung.

So könnte man tagelang Spalte auf Spalte mit Opfern der Klassenjustiz füllen. In Bayern schmachten unsere Genossen drei Jahre hinter Zuchthaus- und Festungsmauern.

Derweil laufen Diebe Schieber und Wucherer frei im Lande herum. Das ist die Justiz der demokratischen Ebert-Republik unter demokratischen Justizministern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0003

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. **Fernsprecher:** 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001, Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 6 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Betriebsobleute, Distriktsführer. Heute, Mittwoch abend, Material abholen.

2. Distriktsführer. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, in der „Goldenen Kette" (Alter Markt): **Zusammenkunft.**

Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark": **Gesamtsitzung des Gewerkschaftskartells.** Kein kommunistischer Delegierter darf fehlen.

Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", kl. Sitzungszimmer: **Wichtige Besprechung aller bei Straßenbahn-, Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbetrieben beschäftigten Kommunisten,** die im Transportarbeiter-Verband organisiert sind.

Kommunistische Fabrikarbeiter. Freitag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" (Kartellzimmer): **Wichtige Besprechung** unserer Genossen dieses Verbandes.

Transportarbeiter-Verband. Montag, den 27. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" (Kartellzimmer): **Versammlung** aller Genossen dieses Verbandes.

Freitag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr, in der Turnhalle der Huttenschule: **Elternversammlung** der Hutten- und Lutherschule.

Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Frauen-Abend.** Vortrag des Genossen Bechstädt.

Freidenker-Vereinigung. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Lichtbildervortrag** über: „Die Entstehung des Lebens oder das Leben ein chemischer Prozeß". Eintritt für alle Genossen frei.

Distrikt 11. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im „Seestern", Freiimfelderstraße: **Distriktsversammlung.** Referent zur Stelle.

Distrikt 12. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in Webers Restaurant, Flugplatz: **Distriktsversammlung.**

Distrikte 14 u. 15. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Köppchen, Unterberg: **Gemeinsame Distriktsversammlung.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Unterbezirksleitung. Mittwoch, den 22. Februar, abends pünktlich 7 Uhr, im Bureau: **Sitzung.**

Könnern. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die Not der Mieter." Alle Mieter sind hiermit eingeladen, versäume keiner zu kommen.

Passendorf. Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in den „Drei Lilien": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Massennot und Massenkämpfe des Proletariats." Ref.: Genosse Urban (Halle).

Nauendorf. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Hujung: **Funktionärsitzung.** Kein Parteiarbeiter darf fehlen.

Reideburg-Büschdorf. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im Lokal „Zur Linde" in Reideburg: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Sei jeder zur Stelle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Wittenberg. Freitag, den 24. Februar: **Schönlank-Kursus.**

Holzweißig. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, in Häjers Lokal: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion und Schule." Ref.: Gen. Lehrer Kukuk, Halle.

Zörbig. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion und Schule." Ref.: Gen. Lehrer Kukuk, Halle.

Dobien. Mittwoch, den 22. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Der Steuerraub und Eisenbahnerstreik". Referent: Genosse Oertel (Halle).

Mochau. Donnerstag, den 23. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Der Steuerraub und Eisenbahnerstreik". Referent: Genosse Oertel.

Bergwitz. Freitag, den 24. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Steuerraub und die Lehren des Eisenbahnerstreiks. Referent: Genosse Oertel.

Schmiedeberg. Sonnabend, den 25. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Steuerraub und die Lehren des Eisenbahnerstreiks. Referent: Genosse Oertel.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Torgau. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Scharfe Ecke": **Kartellsitzung.**

Torgau. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in „Sanssouci": **Begrüßungsfeier.** Ansprache hält Genosse Kilian, M. d. L.

Richewitz. Mittwoch, 22. Februar: **Mitgliederversammlung.**

Staritz. Mittwoch, 22. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Steuerraub und Eisenbahnerstreik". Referent: Genosse Holzweißig.

Falkenberg. Sonntag, den 26. Februar, vormittags 11 Uhr, im „Gesellschaftshaus": **Informations-Abend.**

Plessa. Sonntag, den 26. Februar, abends 7½ Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Steuerraub und Wirtschaftsnöte des Proletariats. Referent: Genosse Holzweißig.

Ortrand. Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Steuerraub und Wirtschaftspolitik des Proletariats. Referent: Genosse Kilian, M. d. L.

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Heute, Mittwoch, im „Volkshaus": **Frauenabend. — Kommunistische Jugend.** Heute, Mittwoch, 8 Uhr, im „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.** Gleichzeitig **Theaterprobe.**

Burgörner-Hettstedt. Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Friedrich-Wilhelmsbad": **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Lademann.

Hergisdorf. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Wolferode. Freitag, den 24. Februar, abends ½8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Helbra. Heute, Mittwoch: **Frauenabend.** Referent: Gen. Menzel. Thema: Kirche, Religion und die Frauen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Merseburg. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in der „Funkenburg": **Informationskursus vom Genossen Mogel, Halle.** Alle Funktionäre des Unterbezirks sind eingeladen. Anschließend: **Erweiterte Unterbezirksleitung-Sitzung. Hierzu** müssen alle Arbeitsgebietsleiter erscheinen.

Lauchstedt. Die öffentliche Versammlung **am Sonnabend,** dem 25. Februar, **fällt aus.**

Neumark. Mittwoch, **den 22. Februar, abends 7½ Uhr,** im Gasthof Schumann: **Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Thema: Die Lehren des Eisenbahnerstreiks und die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe. Referent: **Höder, Halle.**

Kötschen-Beuna. Sonnabend, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthof „Bahnhof Kötschen": **Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Thema: Die Lehren des Eisenbahnerstreiks und die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe. Referent: Gen. Koenen, Merseburg.

Lodersleben. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, im „Weißen Roß": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Steuerraub und die wirtschaftliche Not des Proletariats". Referent: Genosse Hirsemann (Halle).

Dürrenberg. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Mennecke: **Diskussionsabend.**

Braunsdorf. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum Friedensbaum": **Frauenzusammenkunft.** Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Zeitz. Mittwoch, den 22. Februar, abends ½8 Uhr, in Steinerts Restaurant: **Frauenversammlung.**

Zeitz. Sonntag, den 26. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Preußischen Hof": **Wichtige Sitzung** aller Ortsvorstände, und Distriktsvorstände, sowie der Vorstände der Ortsgruppen Kretzschau, Droyßig, Osterfeld, Hohenmölsen, Teuchern und Rehmsdorf. — Abends 6 Uhr, im Restaurant Bobe: **Mitgliederversammlung.**

Aue. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, im „Deutschen Haus": **Vorstands- und Funktionärsitzung.**

Aue. Sonntag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, im „Dianasaal": **Mitgliederversammlung.**

Hassnsburg. Sonntag, 26. Februar, nachmittags 3½ Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Sangerhausen.

Unterbezirkskonferenz. Alle Mitglieder der Unterbezirksleitung, des Bezirksausschusses sowie alle Vorsitzenden und Kassierer des Unterbezirks müssen unbedingt am Sonntag, den 26. Februar, vormittags 9½ Uhr, in Sangerhausen in Hermanns Lokal erscheinen. Fragebogen sowie die noch außenstehenden Abrechnungen müssen mitgebracht werden.

Sangerhausen. Heute, Mittwoch: **Schoenlank-Kursus.**

Kelbra. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

ZOO. ZOO.

Donnerstag, den 23. Februar 1922, abends 7½ Uhr:

4. Geselliger Abend

für Dauerkarteninhaber.

Konzert.

Vortrag: Dr. Knieſche:

Wunder der Tiefsee

mit Lichtbildern.

Tanz.

Dauerkarteninhaber frei! Karten für Verwandte und Bekannte 6,— Mk. Kinder haben keinen Zutritt. (Gesellschaftsanzug, Garderobezwang.) *164

Fellsammler!

Treffpunkt bei

Gebr. Danglowitz

Fischerplan 2. 80

Ausschreibung.

Die Lieferung von etwa **1000 laufenden Metern Steinzeugröhren mit Durchmesser** von 30—50 cm nebst Abzweigstücken, soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Sonnabend, den 25. Februar 1922, vormittags 10 Uhr, im Magistrats-Bureau 1, Zimmer 23 des Wagegebäudes einzureichen, woselbst die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen und auch die Verdingungsanschläge entnommen werden können. 800

Halle a. d. S., den 18. Februar 1922.

Städtisches Tiefbauamt.

Fußbälle

Spezialität: Marke „Salzgraf" pa. Panzer-Kernchromleder anerkannt erstklassig!

Jungmann - Bälle

Sportgerechte **Fußballstiefel, Jugendstiefel.**

Solide Ware. 77

Große Auswahl.

J. Schärer & Cie.

Halle (Saale), Große Ulrichstraße 40, (Eingang Kaulenberg).

Reparaturen an Uhren sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preis.

H. Lerner, 78

Uhren-Reparatur-Werkstatt,

Gr. Steinstraße 85

(gegenüber Barfüßerstraße).

Ansichts-Postkarten Volksbuchhandlung.

3 Könige.

Bestes Familienvarieté. 804

W. Haase, Komiker.

Einer der Besten

mit Gesellschaft.

Eintritt 3,50 Mk.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 23. Februar, Anfang 7½, Ende 10¼ Uhr:

Undine.

Romantische Oper v. Lortzing.

Freitag: 806

Nichtöffentliche Vorstellung.

Operetten-Theater

am Riebeckplatz (Fernruf 6183)

abends 7½ Uhr:

Zum letzten Male:

802 **Das Hollandweibchen.**

Ab Donnerstag:

Auf vielseitigen Wunsch!

Die Förster-Christl.

Kasse ab ½10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Wo? 801

findet ält. unabhängige Frau Beschäftigung im Haushalt, auch aufs Land. Zu erf. bei **Sering, Zenkerstraße 6.**

MSW

Mitteldeutsche Stickerei-Werkstätten

— Halle a. d. S. —

Flottwellstraße 28

Fernsprecher 4370.

Mit der Straßenbahn, Linie 11, direkt vom Bahnhof zu erreichen.

Wir halten unsere Werkstätten zur Anfertigung von:

Kleiderstickereien jeder Art wie Kurbel, Kettel, Moos, Flausch, Strahlenstich, Strich- und Plattstickerei, Lochstickerei, Plissee, Hand- und Maschinen-Hohlsaum, Monogramme, Stoffknöpfe, Posamenten, Langetten, Knopflöcher, Handstickereien und Aufzeichnungen, — Soutachnäherei, Perlstepperei usw. — bestens empfohlen.

Bureau u. Haupt-Annahmestelle:

Flottwellstr. 28 Telephon 4370

(Endstation der Straßenbahn-Linie 11.)

Annahmestellen in allen Teilen der Stadt sowie in allen größeren Orten der Provinz. 798

Geschenke an die schulentlassene Jugend.

Die „Klassenkampf"-Ausgabestellen

empfehlen folgende wertvollen Bücher:

Schwarzkopf: Die Schwelle . . . Geb.	Mk.	12,50
Graf: Ins Leben hinein . . . . Geb.	Mk.	8,00
John: Ueber See und Heide. Fahrten und Wanderungen	Mk.	8,00
Hackmak: Arbeiterjugend u. Sexuelle Frage	Mk.	5,00
Schoenlank: Gesänge der Zeit	Mk.	1,50
Schoenlank: Blutjunge Welt	Mk.	2,00
Negri: Mutterschaft. (Soziale Gedichte.)	Mk.	4,00
Grottewitz: Sonntage eines Großstädters in der Natur . . . . Geb.	Mk.	9,00
Arbeiter-Liederbuch	Mk.	2,00
Proletarier, singe	Mk.	3,00
Jugend-Liederbuch	Mk.	4,00
Volks-Liederbuch	Mk.	9,00
Bötticher: Spielbuch	Mk.	4,00
Freiligrath: Neue Gedichte	Mk.	2,40
Storm: Pole Poppenspäler	Mk.	3,50
Schiller: Die Räuber	Mk.	3,00
Stifter: Bunte Steine: Bergkristall . .	Mk.	2,00
Gerstäcker: Der Schiffszimmermann . .	Mk.	1,00
Frohes Wandern: Anleitung und Winke für Wanderfahrten	Mk.	8,50
Tepp: Frühling und Sommer, neue Volkstänze	Mk.	8,50
Rühle: Die Erziehung zum Sozialismus	Mk.	3,00
Sinclair: Jimmy Higgins	Mk.	25,00
Sinclair: 100%	Mk.	18,00
Sinclair: König Kohle	Mk.	14,00
Wendel: Heinrich Heine, Sein Leben . .	Mk.	9,00
Nordische Novellen	Mk.	12,00
Heinrich Heine: Wir weben	Mk.	10,00
Heinrich Heine: Buch der Lieder . . .	Mk.	11,00
Greinz: Tiroler Bauernbibel	Mk.	17,00
Mehring: Schiller. (Ein Lebensbild) .	Mk.	3,00
Jung: Proletarier	Mk.	5,00
Scheffel: Ekkehard . . Gut gebunden	Mk.	20,00
Twain: Huckleberry Finns, Tom Sawyers Abenteuer	Mk.	15,00
Gorki: Wie ein Mensch geboren ward .	Mk.	22,00
Gorki: Der Spitzel	Mk.	44,00
Gorki: Meine Kindheit	Mk.	33,00
Bebel: Aus meinem Leben. Drei Bände Geb.	Mk.	75,00
Bildermappen: (Bilder der Arbeit, Städtebilder, Landschaftsbilder) . . je	Mk.	5,00
Käthe-Kollwitz-Mappe	Mk.	80,00
Bilder von A. E. Seemann	Mk.	6,00
Andersen Nexö: Pelle, d. Eroberer. 2 Bände	Mk.	65,00
Nylander: Seevolk	Mk.	20,00
Nylander: Schoner Lizzie Gray . . .	Mk.	20,00
Nylander: Signal PH	Mk.	20,00
Aanrud: Mari Smehaugen 16 Bauerngeschichten	Mk.	20,00
Skoldbourgk: Das neue Geschlecht . .	Mk.	11,00
Jahnson: Die Spekulanten Gosta Regra, Abenteurer-Roman	Mk.	25,00
Molin: Nordlandserzählungen	Mk.	16,00
Lie: Eine neue Geschichte	Mk.	16,00
Kielland: Zwei Brüder	Mk.	20,00
Eyth: Hinter Pflug und Schraubstock . .	Mk.	55,00
Eyth: Aus dem Wanderleben eines Ingenieurs	Mk.	3,00
Eyth: Wahrheit und Dichtung im Lande der Pharaonen	Mk.	3,00
Blos: Badische Revolutionsgeschichten. In Leinen gebunden	Mk.	5,00
Hedin: Abenteuer in Tibet	Mk.	20,00
Scott: Letzte Fahrt	Mk.	20,00
v. Runsel: Sonnenländer	Mk.	20,00
Ernst: Asmus Sempers Jugendland . .	Mk.	31,00
Avenarius: Hausbuch Deutscher Lyrik .	Mk.	50,00
Avenarius: Balladenbuch. In Leinen geb.	Mk.	35,00
Avenarius: Das fröhliche Buch. In Halbl.	Mk.	50,00
Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Zwei Bände	Mk.	65,00
Mehring: Deutsche Geschichte . . .	Mk.	15,00
Brand: Ulenbrook . . . . . . Geb.	Mk.	12,00
Brand: Das heilige Feuer	Mk.	12,00
Diederich: Von unten auf. Revolut. Gedichte Geb.	Mk.	30,00
Engels: Der Ursprung der Familie . .	Mk.	20,00
Engels: Bauernkrieg	Mk.	8,00
Morris: Kunde von Nirgendwo	Mk.	12,00
Schilowski: Sittenbilder aus der französ. Revolution	Mk.	8,00
Simon: Die Gesundheitspflege d. Weibes	Mk.	12,00
Deutsch: Sechszehn Jahre in Sibirien .	Mk.	30,00
Deutsch: Viermal entflohen	Mk.	22,00
Reimer: Ein Gang durch d. Wirtschaftsgesch.	Mk.	24,00
Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000	Mk.	12,00
Velli: Die rote Feldpost und anderes. .	Mk.	10,00
Jürgen Brand: Gerd Wullenweber, Die Geschichte eines jungen Arbeiters . . .	Mk.	10,00
Liebknecht: Fremdwörterbuch	Mk.	40,00
Linke: Ist die Welt bewohnt?	Mk.	10,00
Reitz: Die Bakterien	Mk.	10,00
Linke: Kann die Erde untergehen? . .	Mk.	10,00
Bommeli, R.: Die Geschichte der Erde, 1. Teil: Wie Berg und Tal entstehen .	Mk.	10,00
Bommeli, R.: Die Geschichte der Erde, 2. Teil: Die Weltalter	Mk.	10,00
Bommeli, R.: Die Geschichte der Erde, 3. Teil: Riesen und Drachen d. Vorzeit	Mk.	10,00
Cunow: Die Technik in der Urzeit. 1. Teil: Das Feuer; Der Wohnungsbau. 2. Teil: Nahrungsbeschaffung und Ernährung. 3. Teil: Entstehung der Waffen. Körperschmuck. Die Technik der Bekleidung. Jeder Teil	Mk.	10,00
Reitz: Die Chemie im Alltag	Mk.	10,00
Lipschütz: Die Arbeit der Muskeln . . .	Mk.	10,00
Mehring: 1807—1812: Von Tilsit nach Tauroggen	Mk.	10,00
Mehring: 1813—1819: Von Kalisch nach Karlsbad	Mk.	10,00
Huckleberry Finns Abenteuer u. Fahrten	Mk.	9,00
Falkenberget: Minenschüsse u. Fackelbrand, Erzählung eines norwegischen Grubenarbeiters	Mk.	18,00
Falkenberget: In der äußersten Finsternis. Bergarbeiter-Roman . In Halbleinen	Mk.	20,00
Falkenberget: Fimbulwinter und andere Novellen	Mk.	18,00

Zu beziehen durch die

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Abteilung:

Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

und deren Filialen:

Halle a. d. S., Volksbuchhandlung, **Harz 42/44,**
Merseburg, Volksbuchhandlung, **Markt 7,**
Eisleben, Volksbuchhandlung, **Breiter Weg 8,**
Zeitz, Volksbuchhandlung, **Bismarckstraße 4,**
Naumburg, Buchhandlung **Frau Heese, Michaelisstraße 26,**
Weißenfels, Volksbuchhandlg., **Dammstraße 18,**
Helbra, K. Burghardt, Bolzenschächterstraße 4.

Postscheckzahlungen

an uns

müssen auf der Rückseite des kleineren Abschnittes den genauen Hinweis, für

welche Abteilungen

das Geld eingezahlt wird, tragen. **Bestellungen** können auf diesem Abschnitt vermerkt werden.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Gold-, Platin-, Silber-Bruch

119 **Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe** kauft zu reell. hohen Preisen

E. Fuchs, Uhrmacher,

Ludwig Wucherer-Str. 54, pt.

Stets Gelegenheitskäufe in getr. Damen- u. Herrenuhren

Gut- erhalt. **Dam.-Fahrrad** zu verkaufen. Zu erfrag. i. d. Exped. d. „Klassenkampf". 803

Zeitungs-Makulatur

verkauft der

Verlag Klassenkampf

Lerchenfeldstraße 14.

Alle Parteischriften

empfiehlt die

Volksbuchhandlung.

Achtung!

Konfirmanden- Burschen- Militär- Sport- Schlosser- Manschester- Kinder- Pilot- **Anzüge**

sowie alle Sorten **Hosen** für alle Berufe. *163

Moritz Kage,

Bekleidungsgeschäft,

Delitzsch, Bismarckstr. 13.

Genossen ehemalig. Silogefangenschaft

aus **Witzschersdorf** und Umgegend werden ersucht, am **Sonnabend, dem 28. Febr.,** im Gasthof zu Witzschersdorf zu einer Versammlung zu erscheinen. 315

Ein Silogefangener.

Empfehle

Wollwaren Schnittwaren Kurzwaren u. Korbwaren

zu soliden Preisen. 88

Paul Langhammer, Mühlberg.

Jeder Sportverein

ob groß oder klein, benötigt Drucksachen!

Fordert Offerten von der Produktiv-Genossenschafts-Druckerei, Halle-S., Lerchenfeldstr. 14, an. Fernruf 2251

L. Krätzer

Schuhwarenhaus

Zeitz

Weberstraße 1c.

Beste u. billigste Bezugsquelle

für **Herren-, Damen- und Kinderstiefel,** in nur erstklass. Fabrikaten zu billigsten Preisen.

314

Bekanntmachung.

Durch den Herrn Kreistierarzt Dr. Vollmer ist unter dem Schweinebestande des Kantinenbesitzers Hermann Vollrath, im Leuna-Werke, die Schweineseuche festgestellt worden.

Das Seuchengehöft ist für die Einfuhr von Schweinen gesperrt. 316

Leuna-Werke, den 20. Februar 1922.

Der Amtsvorsteher für den Bezirk Spergau.

J. V.: gez.: Cornely.

Familien-Nachrichten

Arbeiter-Sängerchor, Halle.

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb unser langjähriges, treues Mitglied und Mitbegründer des Vereins, der Sangesbruder

Gustav Süße.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

865 **Der Vorstand.**

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 21. Februar 1922

Die Hallischen Angestellten vor dem Kampf

Gestern abend nahmen die Hallischen Angestellten im überfüllten „Volksparksaale" Stellung über die ablehnende Haltung der Arbeitgeber.

Meinelt vom Gewerkschaftsbund Deutscher Angestellten gab den Bericht von den gescheiterten Verhandlungen. Seit September stehen die Organisationen in harten Tarifkämpfen. Ueber den zum 31. Dezember gekündigten Manteltarif ist man sich in den letzten Tagen einig geworden, da der § 15 umgeändert worden ist. Der Manteltarif kann mit 6 Wochen, der Lohntarif mit 4 Wochen gekündigt werden. Weibliche Angestellte erhalten bis zu einem Gehalt von 1200 Mk. 10 Prozent, darüber 15 Prozent weniger als die Männlichen, die Gehaltsgrenze soll auf 1500 Mk. heraufgesetzt werden. Die Arbeitgeber versuchen die Angestellten durch sogenannte Soziallöhne und durch Trennung der einzelnen Industrien gegeneinander auszuspielen zu können. So will man die Angestellten der Holz-, Lebensmittel-, Papier-Industrie und die technischen Angestellten vom gemeinsamen Tarifvertrag ausnehmen. Der Schiedsspruch am 3. Januar wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Der Demobilmachungskommissar konnte nur eine Einigung im Lebensmittelhandel erzielen, wobei er den Arbeitgebern sagte: **Wenn die Lebensmittelhändler diese niedrigen Sätze nicht zahlen wollen, dann sollen sie ihre Geschäfte schließen.** Die Verhandlungen wurden vom Vorsitzenden der Arbeitgeber als gescheitert betrachtet. Wenn die Arbeitgeber den Kampf haben wollen, dann sollen sie ihn haben.

Sämtliche Diskussionsredner hielten an der ursprünglich gestellten Forderung, 30 Prozent Zuschlag für Januar, 50 Prozent für Februar, fest, und versicherten, von dieser Forderung nicht abzugehen. Lindner von der Buchhandlung des Waisenhauses gab die enormen Gehaltssätze dieses Instituts bekannt. Das Monatsgehalt von 750 Mk. wurde auf 875 Mk. erhöht, als dann 1400 Mk. gefordert wurden, wurden die sechs Angestellten entlassen. Blumenschein von der Butab wies auf die **Verweigerung der Streikarbeit im kommenden Metallarbeiterstreik hin. Beim letzten Streik hat mancher Angestellte Streikarbeit verrichtet.** Die Hand- und Kopfarbeiter gehören zusammen. Jugendgenosse Lindenberg zeigte das Elend der jugendlichen Angestellten, wo Monatsgehälter von 150 bis 300 Mark bei täglich über achtstündiger Arbeitszeit gezahlt werden. Die Organisationen sollen bei den Tarifverhandlungen mehr auf die Lehrlinge Rücksicht nehmen. Ihm wurde von Frl. Heil vom Verband der weiblichen Angestellten erwidert, **daß Lehrjahre keine Herrenjahre sind** und Lehrlinge keinen Anspruch auf Gehalt, sondern nur auf Entschädigung haben. **Sie haben eine Ausnahmestellung im Betrieb.** Deininger vom ZDA. bezeichnete die Ablehnung der beiden einstimmig gefällten Schiedssprüche durch die Arbeitgeber als eine Provokation. Man müsse nur energisch gegen die Arbeiter vorgehen, doch solle man erwägen, ob auch der Kampf erfolgreich enden könne. Die bürgerliche Presse habe die Berichte so verstümmelt, daß sie als von Arbeitgeberseite inspirierte anzusehen seien. Nur die Arbeiterpresse komme für die Angestellten in Frage.

Mehrere eingelaufene Resolutionen, die vom Kampfwillen der Angestellten Zeugnis ablegten, wurden zu einer zusammengefaßt. Das von einem Teil der Versammlungsbesucher geforderte befristete Ultimatum wurde durch Deininger bekämpft, da man sich den Zeitpunkt nicht vorschreiben lassen könne. Auch sei der bevorstehende Metallarbeiterstreik von großer Bedeutung. Die Gewerkschaftsführer haben anscheinend noch immer die Hoffnung, im Guten mit den Unternehmern auseinanderzukommen, trotz aller scharfen Worte.

Nachstehende Resolution brachte den Willen der Angestellten zum Ausdruck:

> Die im „Volkspark" am 21. d. Mts. versammelten Angestellten haben mit Entrüstung von dem Verhalten der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen Kenntnis genommen und sind entschlossen, sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ihre Lebensmöglichkeit zu verschaffen. Sie beauftragen ihre Gewerkschaften, mit aller Beschleunigung die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und sind entschlossen, bis zur letzten Konsequenz hinter ihren Gewerkschaften zu stehen.

Hilfsarbeiter und Magistrat

Wer die von Ueberhebung strotzenden Artikel gelesen hat, die vom hiesigen Magistrat in Sachen der Hilfsangestellten in die bürgerlichen Blätter lanziert worden sind, muß ein ganz übles Bild von der hierbei in Frage kommenden Sachlage erhalten haben. Da hieß es, durch die Exmission von etwa 700 Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen wären viele Millionen Mark gespart worden, so daß dies heilsfrohe Experiment nur allen vielliebenNachbargemeinden, ja sogar dem Staate und — man staune bedingungslos! — selbst dem Deutschen Reiche zur Nachahmung empfohlen werden könne. Es ist nur gut, daß die Hallischen Käseblättchen nicht in die Hände des Reichs-Wirthes fallen; er würde den Magistratskohl von Halle noch schwerer verdauen als selbst den schwergenießbaren Ententebrei! Sparen ist gewiß eine schöne Sache, wenn sie an der richtigen Ecke angepackt wird. Aber bei Bewältigung eines Riesenapparates voll beschäftigte Arbeitskräfte abzustellen, um deren Funktionen den restierenden Kräften glatt aufzuladen, ist ein Unsinn, wie er bildschöner nicht gedacht werden kann. Rechnen wir, daß der zu demutsvoller Ergebenheit lebenslänglich verurteilte — weil seines Streikrechtes beraubte — Beamte den ihm von der „oberen Stelle" aufgehuckten schweren Korb doppelter Arbeitslast auch unter Aufbietung höchster Energie einige Jahre hindurch trägt, das Endziel wird stets die vorzeitige Erschöpfung seiner Nervenkraft sein, also vorzeitige, den Stadtsäckel belastende Pensionierung oder — was dasselbe ist — eine endlose Reihe längerer Regenerationskuren bei vollem Gehalte! Gewiß, der Hilfsarbeiter ist raus; der Beamte aber kostet in absehbarer Zeit das Doppelte! Wo bleibt da das Sparsystem?

In den Bureaus der Kriegsorganisationen — Brotmarken-Sammelstelle, Brot- und Mehlausgabestellen, Wohnungsamt, Mieteinigungsamt — häufen sich durch die sinnlosen Massenkündigungen der Hilfsangestellten die Arbeiten derart, daß das auf sie angewiesene Publikum oft stundenlang auf Erledigung seiner Anliegen warten muß, so daß es schon zu Beschimpfungen und Bedrohungen des noch verbliebenen Personals gekommen ist. Der Magistrat aber als Hüter der öffentlichen Ordnung fühlt sich nicht verpflichtet, hier einzugreifen und die voreilig entlassenen Hilfskräfte zurückzuholen — im Gegenteil, er entläßt immer weitere Kriegshilfen und treibt die betreffenden Dienststellenleiter direkt zur Verzweiflung.

Die Bureauvorsteher lehnen nunmehr jede Verantwortung für die ordnungsmäßige Weiterführung der Dienstgeschäfte ab — der Magistrat zuckt die Achseln: es wird abgebaut, ist die Parole! **Après nous le déluge!**

Der Angestelltenausschuß der Hilfsarbeiter erhebt Einspruch gegen dies unzweckmäßige Galopptempo des Magistrats beim Schlichtungsausschuß: in den seltensten Fällen aber erreicht er etwas: der Magistrat muß doch wissen, was er tut, und er weiß alles so schön zu begründen: es wird eben abgebaut! Was soll man dazu sagen, wenn — wie in der Sitzung des Schlichtungsausschusses vom 26. Januar d. J. — der Vorsitzende, Geheimer Justizrat Trozlowitz, die gegen ihre Kündigung Beschwerde führende Frau S., Dreißigerin. Witwe mit Kind, fragt: „Weshalb heiraten Sie nicht?" Ist das der Sinn einer Verhandlung, die lediglich das ausgleichende Recht finden soll? **Weit verständlicher wäre eine Frage an den Magistrat gewesen: Warum kündigst du Frau S., da** du sie doch durch eine andere ersetzen mußt, denn sie hat soeben erklärt, daß sie die einzige Stenotypistin des etwa 40 Angestellte umfassenden Wohnungsamtes ist? Es muß unter allen Umständen vermieden werden, durch unsachliche Fragestellung neue Erbitterung hervorzurufen.

Es erübrigt noch, auf das Rechtsverhältnis zwischen Hilfsangestellten und Magistrat einzugehen, um der vielfach verbreiteten und durch die offiziösen Skribeleien des Magistrats scheinbar bestätigten Anschauung entgegenzutreten, der Magistrat könne die Hilfsarbeiter ganz nach seinem Belieben hinauswerfen. In § 2, Absatz 2 des von den Hilfsangestellten mit dem Magistrate abgeschlossenen Ergänzungsvertrages vom 25. Januar v. J. steht zu lesen: „Das Beschäftigungsverhältnis der Angestellten, die über den 30. April 1921 hinaus beschäftigt werden, endigt mit dem Tage der durch den Magistrat vorgesehenen Einschränkung oder Auflösung des betreffenden Betriebes." Die sich daraus ergebende Logik ist so klar, daß sie nicht erst besonders entwickelt zu werden braucht: Ist eine Einschränkung des Betriebes nicht möglich — und wie sollte sie das bei der sich immer mehr verbreiternden Arbeitslast, unter der am allermeisten das Publikum leidet — so müssen die Hilfskräfte eben bleiben; ja, nach § 12 a des genannten Ergänzungsvertrages müssen sogar entlassene Hilfsangestellte zurückgeholt werden, wenn von ihnen geleistete Arbeit wieder vorhanden ist. Was aber tut der Magistrat? Er setzt sich sowohl über den § 2 wie über den § 12 a mit aalglatter Geschmeidigkeit hinweg! O gewiß . . . es ist leichter, in Bengalen die Humaniora ex officio zu pauken, als jemanden zu überzeugen, der nicht begreifen will! Jedenfalls würden die Stadtverordneten (schon im Interesse des auf die Kriegsorganisationen angewiesenen Publikums) gut daran tun, die weder von exakter Juristerei noch von sozialem Empfinden zeugenden Manipulationen des Magistrats etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Caveant consules!

Radauantisemiten in der Wintergartenversammlung

Stahlhelmdemonstration

In der gestrigen Versammlung im „Wintergarten" sprach der Rechtsanwalt Braubach (Berlin) über das Thema: „Weshalb muß der Antisemitismus bekämpft werden", oder vielmehr, er wollte darüber sprechen, denn die anwesenden Deutschvölkischen und Stahlhelmlümmels ließen ihn nicht seine Aufgabe erledigen. Die Stahlhelmbrüder, die Studentenkorps, die später das Volk regieren sollen, zeigten hierbei ihren kulturellen und geistigen Tiefstand und ein Unwissen in der deutschen Geschichte, wie sie eben nur bei den — Deutschvölkischen, bei den reinen Ariern und den „Edelsten der Nation" zu erwarten ist. Denn als der Referent auf den Dichter des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles" hinwies, den Demokraten Hoffmann von Fallersleben, der 1848 vor den Verfolgungen des autokraten Königtums flüchten mußte, da setzte ein ungeheurer Tumult ein. Die Deutschvölkischen haben herausgefunden, daß Jesus Christus ein Germane war und vom deutschen Rhein stammte. Jedenfalls erhoben die Radaubrüder, die auf eine „gute Kinderstube" schließen lassen, bei jeder unpassenden Gelegenheit einen derartigen Lärm mit Pfeifen und Schlüsseln, daß an eine ordnungsmäßige Versammlung nicht zu denken war. Der Stahlhelm und die anderen reaktionären Kampforganisationen, die sich unter den Namen „Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund", „Odinorden", „Wotanorden" und dergleichen Bezeichnungen mehr verbergen, hatten ihren gesamten Heerbann zur Sprengung der Versammlung aufgeboten. Die einzelnen Stoßtrupps saßen geschickt im Saale verteilt. Unter dem Kommando des berüchtigten Hakenkreuzlers Blümel klappte der Kram auch vorzüglich, denn auf Befehl: „Alles hierher!" sprang die ganze reaktionäre Meute nach dem hintersten Ende des Saales und drängte nun die übrigen Versammlungsbesucher vor sich her, bis sie die Bühne stürmten und den Vorstand bedrängten. Die unter dem Befehl eines Leutnants zahlreich aufgebotene Schutzpolizei verhielt sich vollkommen passiv, erst auf ganz energisches Drängen und mehrmaliger Aufforderung fand sich der „republikanische" Leutnant bereit, die Bühne zu räumen. Die Räumung des Saales ging deshalb ohne Mißhandlung der Juden von statten, zu der umfangreiche Vorbereitungen getroffen waren; denn ein großer Teil dieses teutschvölkischen jugendlichen Pöbels war mit Stöcken bewaffnet oder hatten ihre Ledergürtel abgeschnallt, weil sich dieses Gesindel draußen zu einer Demonstration sammelte. Unter Abgröhlen nationalistischer Lieder und blödsinniger Heil-Rufe und sonstiger monarchistischer Demonstrationen leerte sich der Saal.

Einige der antisemitischen Beweisgründe dürfen wir unseren Lesern nicht vorenthalten: Jesus ist den Juden rassenfremd, denn auf allen Christusbildern ist er mit einer nicht jüdischen Nase abgebildet. Ein kleines deutsches Kind weint, wenn ein Jude gut zu ihm ist. Und das ist Deutschlands „goldene" Jugend, die akademische Jugend, die die Welt regieren will!

Nach dem gewaltsam herbeigeführten Schluß der Versammlung zogen dann 4 bis 500 Stahlhelmeriche und anderes Unkraut unter Absingen monarchistischer Lieder und Schmährufe auf die Republik, wie „Nieder mit der Judenregierung" und „Wir brauchen keine Judenrepublik", durch die Straßen der Stadt. Am Krankenhaus in der Magdeburger Straße versuchte ein Sipomann auf Veranlassung von Arbeitern Feststellungen zu machen, es gelang ihm nur bei einem. Am Wilhelm-Denkmal wurden sie dann von der Sipo auseinandergetrieben, nachdem einige dieser Krakehler festgenommen wurden. Die Stahlhelmeriche behaupten, keine militärische Formation zu sein. Als sie am Wilhelm-Denkmal ankamen, marschierten sie unter vollkommen militärischen Befehlen, wie „Gruppenkolonne", „Mit Gruppen links schwenkt". Aber der Stahlhelm ist keine militärische Formation. Das Verhalten der Sipo im Wintergarten war skandalös, die Sipopatrouille in der Poststraße und am Leipziger Turm dagegen muß begrüßt werden, weil sie durch energisches Auftreten diesen Stahlhelmspuk auseinanderjagte.

*

Uns interessieren die Rassenkämpfe der Deutschblütigen und Juden nur insofern, als unter der antisemitischen Bewegung sich alle konterrevolutionären Kräfte gegen die Arbeiterklasse sammeln. Antisemitismus sagt man und antisozial meint man. Der Antisemitismus richtet sich nicht gegen die kapitalistische Wirtschaftsform, sondern gegen die Arbeiterklasse, deshalb wird der Antisemitismus von uns bekämpft.

Generalversammlung der Hallischen Zimmerer

Vor einigen Tagen fand hier die Generalversammlung der Zimmerer, Zahlstelle Halle, statt. Der Vorstands- und Geschäftsbericht wurde von den Kollegen Ehrt und Förster gegeben. Der Geschäftsbericht ließ erkennen, daß im verflossenen Berichtsjahr eine Fülle von gewerkschaftlicher Arbeit geleistet werden mußte. Der Mitgliederstand ist befriedigend und zeigt eine gute Aufwärtsbewegung. Es wurde weiter hervorgehoben, daß die Platzdelegierten auf Grund des Tarifvertrages und des Organisationsverhältnisses mehr positiv eingreifen müssen, wenn wir das wenige erhalten wollen, was uns die Revolution an Freiheit gebracht hat. Darauf wurde anschließend der Kassenbericht gegeben.

In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Wilh. Ehrt, 1. Kassierer Herm. Förster, zugleich Geschäftsleiter der Zahlstelle, 1. Schriftführer Martin Klauß, 2. Vorsitzender Alfred Enghardt, 2. Kassierer Wilh. Kupfernagel, 2. Schriftführer Otto Matthias, als Revisoren Franz Förkel und Ernst Schulze, in die Agitationskommission Bauermeister und Morche, in die Tarifkommission Bock und Förkel.

Von den vier aufgestellten Kandidaten zum 22. Verbandstag, der im Mai stattfindet, wurde Kollege Förster gewählt.

Unter Verschiedenem wurde die Ferienfrage eingehend beleuchtet und die Mitglieder aufgefordert, gemäß der Vereinbarung zu verfahren.

Aus dem Berichtsjahr ist zu ersehen, und die unsichere Wirtschaftslage gibt uns den Beweis, daß sich der bisherige wirtschaftliche „Aufschwung" auf ungesundem Boden aufbaute. Daher haben sich auch die Zimmerer organisatorisch noch enger zusammenzuschließen. Das bedingt weiter, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Aufgabe nicht allein darin erblicken, daß die Löhne nur immer den steigenden Preisen für die notwendigen Bedarfsartikel angepaßt werden, sondern beseelt sein müssen von dem Gedanken zur Errichtung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Macht aber kann die Arbeiterschaft nur bekommen, wenn sich die Arbeiterschaft auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zusammenfindet.

*

Am 18. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung im „Volkspark". Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Oskar Möbus, Ammendorf, durch Erheben von den Plätzen.

Es folgte dann der Bericht der Lohnkommission. In der Verhandlung am 13. Februar fällte das Lohnbezirksamt folgenden Schiedsspruch: Ab 14. Februar sind 25 Prozent Erhöhung auf den Tariflohn zu zahlen. Für viele Kollegen ist das Erreichte nicht zufriedenstellend, da die Verhältnisse jetzt von Tag zu Tag schwieriger werden. Schließlich wurde der Schiedsspruch doch angenommen.

Genosse Mendorf hielt darauf einen Vortrag über Genossenschaftswesen. Er führte an Hand mehrerer Beispiele den Versammelten Ziel und Zweck der Genossenschaften vor. Hierauf wurde der Sozialisierungsbeitrag für den Bauhütten-Verband besprochen. Nach längerer Debatte wurde diese Angelegenheit vorläufig vertagt.

* **Proletarischer Kunstabend.** Am Montag, dem 27. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" ein Proletarischer Kunstabend zum Besten der Hungernden in Rußland statt, unter Mitwirkung der Genossin Berend-Groa, Leni Frei (Cassel) und des proletarischen Kinderchors. Das Programm wird in der morgigen Nummer des „Klassenkampf" veröffentlicht. Karten im Vorverkauf (3 Mk.) sind zu haben im Ortsbüro der KPD., Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4a, im Restaurant der Produktiv-Genossenschaft, im Verlag „Klassenkampf", in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44, am Büfett des „Volkspark", sowie bei den Funktionären der KPD. An der Abendkasse 4 Mk.

* **Achtung, Vorstände der Gewerkschafts- und Betriebsfraktionen** Alle Genossen, die in den Gewerkschafts- und Betriebsfraktionen mit dem Vertrieb des „Kommunistischen Gewerkschafters" und der Literatur beauftragt sind, müssen sich sofort bei der Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, melden, um Material in Empfang zu nehmen. Es sind eingetroffen:

1. Jakob Walcher „Unsere Gewerkschaftsarbeit und Spaltungsbestrebungen der Gewerkschaftsbureaukratie", Preis 1 Mk.,
2. „Der neue Kurs" (die gesetzliche Versklavung der Arbeiter und Angestellten), Preis 4 Mk.

Der niedrige Preis der Broschüren ermöglicht jedem kommunistischen Gewerkschafter die Anschaffung derselben.

„Der neue Kurs" behandelt ausführlich und leichtverständlich die in Vorbereitung befindlichen sozialpolitischen Gesetze und jeder Funktionär muß mit dem Inhalt vertraut sein. Außerdem liegen in der Bezirksbuchhandlung Listen für die Einzeichnung zum Abonnement des „Kommunistischen Gewerkschafters" aus, die von unseren Genossen abzuholen sind. Wir fordern unsere Fraktionsvorstände auf, unverzüglich die Verbreitung vorstehender Broschüren vorzunehmen.

* **Angestellte in Lebensmittelgeschäften!** Während der gestrigen Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar nahmen die Arbeitgeber des Lebensmittelhandels den vom Schlichtungsausschuß am 3. Januar 1922 gestellten Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Novembergehälter um 33⅓ % ab 1. Dezember 1921 vorsieht, an.

* **Vorstands- und Ausschußmitglieder der Bau-Innungs-Krankenkasse Halle.** Am Donnerstag, dem 23. Februar, abends 7½ Uhr, findet eine wichtige Vorbesprechung aller Vorstands- und Ausschußmitglieder der Arbeitnehmer der Bau-Innungskrankenkasse im Gewerkschaftshause, Zimmer 10, statt. Jeder muß erscheinen!

* **Die Verwaltungsstelle Halle des Deutschen Transportarbeiterverbandes** hält morgen Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" eine Mitgliederversammlung für die Gruppen des Handels- und Transportgewerbes ab, in welcher Bericht über die neuen Lohnverhandlungen gegeben wird. Alle in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen müssen erscheinen. Verbandsbuch ist mitzubringen.

* **Kommunistische Jugend.** Der für heute abend angesetzte Besuch der Jugendversammlung im Reformgymnasium, Luisenstraße, ist irrtümlich bekanntgegeben worden. Die Versammlung in der über das Thema „Jugendgerichtshilfe" gesprochen werden soll, ist auf Freitag, den 17. März, verschoben. Näheres wird noch bekanntgegeben. Gleichzeitig sei auf die vom Gewerkschafts- und Jugendkartell für Mittwoch, den 1. März, nach dem „Volkspark" einberufene öffentliche Jugendversammlung hingewiesen. Jugendgenossen! Entfaltet überall eine rege Agitation, Material bei den Gruppenvorständen erhältlich. — Morgen, Donnerstag, abend 7 Uhr, findet im Jugendheim, Rathausstraße, eine „Zentralfunktionärsitzung" statt. Da wichtige Fragen besprochen werden, ist pünktliches Erscheinen jedes einzelnen Funktionärs unbedingt erforderlich.

* **Union der Hand- und Kopfarbeiter.** Wir machen nochmals auf die heute, im „Schweizerhaus", Wörmlitzer Straße, stattfindende Versammlung für alle in der Metallindustrie beschäftigten Mitglieder aufmerksam.

* **Portemonnaie verloren.** Während der Aufführung am Montag im Stadttheater hat eine Genossin dort ihr Portemonnaie mit etwa 50 Mk. Inhalt verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, es in der Geschäftsstelle des Verlags Klassenkampf abzugeben.

Passendorf

Kein Einwohner darf fehlen! Freitag, den 24. Febr., abends 8 Uhr, in den „Drei Lilien", öffentliche Versammlung. Gen. Schmidt (Halle) spricht über das Thema: „Der Eisenbahnerstreik und die Lebenslage des Proletariats".

Reideburg—Büschdorf

Parteiversammlung. Kein Parteigenosse darf am Donnerstag, dem 23. Februar, abends 7½ Uhr, in der Mitgliederversammlung fehlen. Sie findet im Gasthaus „Zur Linde" in Reideburg statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jeder muß pünktlich zur Stelle sein.

Oppin und Umgegend

Achtung, Landarbeiter! Am Freitag, dem 24. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Gasthof „Freiheit", eine öffentliche Versammlung statt. Thema: „Der Eisenbahnerstreik und die politische Lage". Redner: Gen. Fr. Riebenstahl, Halle.

Sennewitz

Arbeitereltern, Erzieher! Eine öffentliche Versammlung behandelt das Thema: „Religion und Schule". Sie findet statt am Freitag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler".

Könnern

Mieter, heraus! Heute, Mittwoch, den 22. Febr., abends 8 Uhr, findet im „Bürgergarten" eine öffentliche Mieterversammlung statt. Thema: „Die Not der Mieter". Die gesamte bedrängte Mieterschaft muß auf den Plan treten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101922022-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Genossinnen und Genossen!

Der gewaltige, einmütig durchgeführte Kampf der Eisenbahner hat die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft auf seiner Seite gehabt. Durch die verräterische Haltung, die ein großer Teil der sozialistischen Presse, und voran die Gewerkschaftsbureaukratie, bei diesem Kampfe an den Tag gelegt hat, sind den Angehörigen der besitzlosen Klasse die Augen darüber geöffnet worden, daß sie kämpfen müssen, wollen sie nicht elend zugrunde gehen. Ueberall in den Betrieben, in den Gewerkschaftsversammlungen, muß die neue und eigentlich alte Taktik des ADGB. beim Eisenbahnerstreik erörtert werden, und den Massen gegenüber, die durch unsere Haltung während dieses Kampfes Vertrauen zu uns gewonnen haben, muß gesagt werden, was die Kommunistische Partei will.

Immer wieder muß auch der Kampf um die Erfassung der Sachwerte verlangt werden. Auch bei dieser Gelegenheit hat sich der ADGB. als ein ungetreuer Führer des Proletariats bewiesen. Wiederholt hat er Forderungen aufgestellt und hinterher diese Forderungen immer wieder preisgegeben. Es muß jedem Arbeiter klar werden, wie sehr der ADGB die freie Gewerkschaftsbewegung während der letzten Jahre am Narrenseil herumgeführt hat.

Im Kommunistischen Manifest hat Karl Marx Sätze geschrieben, die für den Kampf für die Erfassung der Sachwerte geradezu wie geprägt erscheinen:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates (das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats) zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse. Durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber den Lauf der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind."

Genossen! Nützet die Zeit, führt die Gewerkschafter auf den rechten Weg; der Tag, an dem sich die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse entscheiden wird, ist nahe.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Jahre 1921

Die Erzeugung der im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gewonnenen und hergestellten Produkte zeigt im Jahre 1921, verglichen mit dem Vorjahre, eine Aufwärtsentwicklung. Die Kohlenförderung erfuhr eine Steigerung von 78,8 Mill. t im Jahre 1920 auf 84,8 Mill. t im Jahre 1921. Sie erfuhr mithin eine Erhöhung von 10,3 Prozent. Die Förderung der Kernreviere steigerte sich von 71,3 Mill. t auf 78,4 Mill. t und wuchs mithin um 15 Prozent. Die Randreviere konnten ihre Kohlenförderung von 5,6 Mill. t im Jahre 1920 auf 6,4 Mill. t im Jahre 1921 erhöhen und erfuhren hierdurch einen Zuwachs von 14,2 Prozent. Die gesamte Tagebauförderung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug im Jahre 1920 61,6 Mill. t, im Jahre 1921 68,2 Mill. t; die Tiefbauförderung 15,2 Mill. t und 16,6 Mill. t. An der Steigerung der Förderung ist deshalb der Tagebau mit 10,6 und der Tiefbau mit 9,2 Prozent beteiligt. In den Kernrevieren erhöhte sich die Tagebauförderung von 59,2 Mill. t im Jahre 1920 auf 65,4 Mill. t im Jahre 1921, erfuhr mithin einen Zuwachs von 10,5 Prozent. Die Tiefbauförderung dieser Reviere steigerte sich von 12,1 Mill. t im Jahre 1920 auf 13 Mill. t im Jahre 1921, wuchs mithin um 7,7 Prozent. In den Randrevieren liegen die Verhältnisse umgekehrt. Hier erfuhr die Tiefbauförderung einen stärkeren Zuwachs als die Tagebauförderung. Die Tiefbauförderung erhöhte sich von 3,1 Mill. t im Jahre 1920 auf 3,6 Mill. t im Jahre 1921, sie erfuhr mithin einen Zuwachs von 15,1 Prozent. Die Tagebauförderung dieser Reviere konnte von 2,4 Mill. t im Jahre 1920 auf 2,8 Mill. t im Berichtsjahre erhöht werden und wuchs hierdurch um 13,2 Prozent.

Die Briketherstellung wuchs von 16,7 Mill. t im Jahre 1920 auf 19,9 Mill. t im Jahre 1921. Sie steigerte sich mithin um 19,3 Prozent. Die Zunahme der Briketherstellung war in den Randrevieren prozentual stärker als in den Kernrevieren (25,3 gegen 19,1 Prozent).

Die Naßpreßsteinherstellung erfuhr im Jahre 1921 gegen das Vorjahr nur eine unbedeutende Steigerung von 2,8 Prozent.

Die Kokserzeugung ist ausschließlich auf die beiden Reviere Halle und Magdeburg beschränkt. Erstere wuchs um 9,3, letztere um 10,2 Prozent.

Die Beschäftigung von Ausländern in gewerbl. Betrieben

Nach einem Runderlaß des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt wird die Frage der Beschäftigung von Ausländern in gewerblichen Betrieben neu geregelt. Angeblich werden im Deutschen Reiche große Summen an Erwerbslosenunterstützungen gezahlt und es soll die Zahl der heimischen Arbeitslosen möglichst vermindert werden. Anlaß gibt eine Verordnung des preußischen Ministers des Innern vom 12. Dezember 1921, die eine Neuregelung des Verfahrens bei der Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in industriellen und gewerblichen Betrieben, im Bergbau und für Hausgehilfen in der Hauswirtschaft notwendig macht. Nach dieser und einer anderweiten Anweisung des Reichsamtes für Arbeitsvermittelung haben die Landesarbeitsämter geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die Prüfung der Notwendigkeit der Beschäftigung dieser ausländischen Arbeitnehmer vorzunehmen. Ein derartiges Prüfungs- und Genehmigungsverfahren war in der Provinz Sachsen bereits durch entsprechende Demobilmachungsverordnungen der Regierungspräsidenten in Magdeburg, Merseburg und Erfurt zum größten Teile durchgeführt. Es besteht auch in ausgeprägterer Form bereits hinsichtlich der ausländischen landwirtschaftlichen Arbeiter. Zur Anwendung der obenerwähnten neuen Verordnung werden sämtliche bisher vom Landesarbeitsamt ausgesprochene Genehmigungen, ausgenommen denen für Ausländer in landwirtschaftlichen Betrieben, mit dem 15. März 1922 aufgehoben. Die Arbeitgeber sind daher verpflichtet, für diejenigen gewerblichen ausländischen Arbeiter, die nach dem 15. März 1922 weiterbeschäftigt werden sollen, einen neuen Zulassungsantrag einzureichen. Diese Anträge sind auf vorgeschriebenen Formularen bei der unteren Verwaltungsbehörde (in Stadtkreisen der Magistrat, in Landkreisen das Landratsamt) einzureichen. Liegen bei den Anträgen etwaige polizeiliche, politische oder ähnliche Bedenken vor, so sind sie dem Landesarbeitsamt in Magdeburg gutachtlich zu übergeben. Andernfalls sind die Anträge dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zur Prüfung nach der wirtschaftlichen Seite und in ihren Beziehungen zur Lage des Arbeitsmarktes zu übergeben. Die endgültige Entscheidung wird bis zum 15. März 1922 durch das Landesarbeitsamt ausgesprochen. Der zuständigen Verwaltungsbehörde wird sofort eine Liste der ausgesprochenen Genehmigungen und Ablehnungen übersandt, die auch später regelmäßig ergänzt wird. Unter die Neuregelung fallen auch die Deutschösterreicher, soweit sie nicht die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen.

Rußlandhilfe

7. Quittung des Arbeiter-Hilfs-Komitees für Sowjet-Rußland Halle-Merseburg

Sammlungen: Liebknechtfeier Mühlberg 200 Mk.; Ortsgruppe Halle 2 088,50 Mk.; Ortsgruppe Tollwitz 80 Mk.; Ueberschuß vom Parteivergnügen Schlepzig 60 Mk.; Ortsgruppe Halle 775 Mk.; Genosse Tanner, Halle 10 Mk.; Unterhaltungsabend d. 18. Distrikts Halle 173,70 Mk.; Ortsgruppe Artern 80 Mk.; A. K., Weißenfels 50 Mk.; Ortsgruppe Gerbstedt 30 Mk.

Marken: Ortsgruppe Delitzsch 165 Mk.; Ortsgruppe Merseburg 280 Mk.

Die Invalidenversicherung

Ueber die sozialpolitischen Gesetze herrscht innerhalb der Arbeiterschaft immer noch eine große Unklarheit. Ganz besonders trifft das auf die Invalidenversicherung und ihre Leistungen zu. Um hierüber einige Aufklärung zu schaffen, soll Nachstehendes gesagt werden.

Die gesetzlichen Leistungen der Invalidenversicherung sind: Invalidenrente, Krankenrente, Altersrente, Witwen- Witwer- und Waisenrente. Hinzu kommt als freiwillige Leistung die Gewährung von Heilverfahren.

Invalidenrente erhält der Versicherte, der „dauernd invalid" ist. Die Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat. Als „dauernd invalid" gilt, wer voraussichtlich dauernd nicht mehr imstande ist, durch seine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht, und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen, zuletzt ausgeübten Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Die Wartezeit (d. i. die gesamte Mindest-Beitragsleistung) dauert für Selbstversicherte 500 Beitragswochen, für Pflichtversicherte und für freiwillig Weiterversicherte, wenn mindestens 100 Beitragswochen (einschließlich Krankheits- oder Militärdienstwochen) auf Grund einer früheren Versicherungspflicht geleistet sind, 200 Beitragswochen, sonst ebenfalls 500 Beitragswochen.

Krankenrente erhält unter den gleichen Voraussetzungen (Erfüllung der Wartezeit, Aufrechterhaltung der Anwartschaft) der Versicherte, der nicht dauernd, sondern voraussichtlich nur vorübergehend invalid ist und zwar beginnt die Krankenrente nach Ablauf von 26 Krankheitswochen oder — bei Krankenkassenmitgliedern — nach Wegfall des Krankengeldes.

Altersrente erhält der Versicherte, der das 65. Lebensjahr vollendet hat — auch wenn er noch nicht invalide ist — der ferner die Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat. Die Wartezeit für Erlangung der Altersrente dauert in der Regel 1200 Beitragswochen.

Witwenrente (Witwenkrankenrente) erhält die dauernd — oder vorübergehend — invalide Witwe nach dem Tode ihres versicherten Ehemannes, wenn dieser bei seinem Tode die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hatte. Seine ehelichen Kinder unter 15 Jahren, ferner die vaterlosen Kinder einer verstorbenen weiblichen Versicherten (als vaterlos gelten auch uneheliche Kinder) erhalten eine Waisenrente.

Die Höhe der Renten richtet sich nach der Anzahl und dem Werte der von dem Versicherten geleisteten Beitragsmarken. Hat der Empfänger einer Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich der Rentenbetrag um 96 Mk. jährlich (8 Mk. monatlich), wenn ein Kind vorhanden ist, um 168 Mk. jährlich (14 Mk. monatlich), wenn zwei Kinder vorhanden sind, und um 48 Mk. jährlich (4 Mk. monatlich) für jedes weitere Kind.

Außer diesen gesetzlichen Leistungen gewährt die Invalidenversicherung als freiwillige Leistung entrechten Versicherten ein Heilverfahren durch Unterbringung in Krankenanstalten, Heilstätten, Bädern, Genesungs- und Erholungsheimen, sowie auch sonstige Heilmaßnahmen. Jeder ohne Rücksicht auf das Alter — sofern er nicht bereits invalide ist, kann beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Tätigkeit die Versicherung freiwillig fortsetzen. Insbesondere den weiblichen Versicherten ist die freiwillige Weiterversicherung bei ihrer Verheiratung dringend anzuraten, um so mehr, als eine Zurückerstattung ihrer Pflichtbeiträge nicht mehr stattfindet.

Die freiwillige Weiterversicherung erhält dem Versicherten die durch die frühere Pflichtversicherung begründeten Ansprüche auf die Leistungen der Invalidenversicherung begründeten Ansprüche, auf die Leistungen der Invalidenversicherung aber regelmäßig nur dann, wenn es seine Quittungskarten aller zwei Jahre, vom Tage der Ausstellung (nicht der Verwendbarkeit) der letzten Karte an, mit mindestens 20 Marken einer beliebigen Beitragsklasse beklebt und gegen eine neue Quittungskarte umtauscht. Dem Versicherten entstehen hinsichtlich der Wahrung seiner erworbenen Ansprüche keine Schwierigkeiten, wenn sich die freiwillige Versicherung unmittelbar oder ohne wesentliche Unterbrechung an die bisherige Pflichtversicherung anschließt. Schwierigkeiten entstehen erst, wenn zwischen dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung und der freiwilligen Wiederaufnahme der Versicherung (Weiterversicherung) ein größerer Zeitraum liegt dadurch, daß die Anwartschaft auf die Leistungen der Invalidenversicherung erloschen ist. Diese Anwartschaft erlischt nämlich — und damit gehen alle Ansprüche an die Invalidenversicherung auf Grund der geklebten Beitragsmarken verloren —, wenn innerhalb zweier Jahre vom Tage der Ausstellung der letzten Quittungskarte an, nicht mindestens 20 Beitragsmarken geklebt sind. Mit dem Erlöschen der Anwartschaft sind aber die Ansprüche des früher Versichterten nicht endgültig verloren. Vielmehr leben sie wieder auf und die früher geleisteten Beiträge werden wieder gültig, wenn der Versicherte durch freiwillige Beitragsleistung (Weiterkleben) das frühere Versicherungsverhältnis derart erneuert, daß er eine neue Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegt, also erneut 200 Beitragsmarken klebt. — Nach vollendetem 40. Lebensjahre lebt die frühere Anwartschaft im Wege der Wiederaufnahme der Versicherung durch freiwillige Beitragsleistung (Weiterkleben) nur dann wieder auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft bereits 500 Beitragswochen nachweisen kann und nach dem Erlöschen erneut 500 Beitragsmarken klebt. Sind vor dem Erlöschen nicht mindestens diese 500 Beitragswochen nachzuweisen, dann ist eine freiwillige Wiederaufnahme der Versicherung regelmäßig nicht möglich. — Nach vollendetem 60. Lebensjahre ist die Wiederaufnahme einer erloschenen Versicherung durch freiwillige Beitragsleistung (Weiterkleben) regelmäßig nur dann möglich, wenn für die Zeit vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 1000 Beitragswochen nachzuweisen sind. Erst nach Zurücklegung einer neuen Wartezeit von 200 Beitragswochen lebt die frühere Anwartschaft wieder auf. In allen diesen Fällen bleiben die Ansprüche des Versicherten, obwohl nach dem obigen die Anwartschaft erloschen sein würde, bestehen, wenn die zwischen dem Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Viertel durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist.

Jedem Versicherten ist daher dringend anzuraten, beim Ausscheiden aus seiner vielleicht vielfährigen Pflichtversicherung seine Quittungskarte nicht achtlos beiseite zu legen und so seine — manchmal hohen — Beiträge nutzlos verfallen läßt, sondern durch alsbaldige freiwillige Weiterversicherung mit verhältnismäßig geringen Beiträgen sich die Anwartschaft durch fortdauernde Mindestbeitragsleistungen auf die verschiedenartigen Leistungen der Invalidenversicherung zu erhalten.

Zur Erhaltung dieser Anwartschaft sind, wie erwähnt, in je zwei Jahren bei der Weiterversicherung 20 (bei der Selbstversicherung 40) Beitragsmarken einer beliebigen, von dem Versicherten frei zu wählenden Beitragsklasse regelmäßig erforderlich. Der Wert dieser Beitragsmarken beträgt in der Beitragsklasse A 350, B 450, C 550, D 650, E 750, F 900, G 1050 und H 1200 Pfennige. Da die Wahl der Beitragsklasse dem freiwillig Versicherten freisteht, kann er sich ebenso gut in der untersten wie in der höchsten Beitragsklasse sowie nach Willen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit abwechselnd in verschiedenen Beitragsklassen versichern. Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß die Höhe der späteren Leistungen (Renten) sich nach der Anzahl und dem Wert der von dem Versicherten geklebten Beitragsmarken richtet.

Schwemsal

Oeffentliche Versammlung. Nach langer Zeit fand auch hier wieder eine öffentliche Versammlung der KPD. statt. Schwemsal ist ein kleiner, rein ländlicher, von der Außenwelt ziemlich abgeschnittener Ort. Der Teil der Arbeiterschaft, der gezwungen ist, auswärts sein Brot zu verdienen, muß stundenlange Märsche machen, wie nach Bitterfeld, Zichornewitz und Wittenberg. Wenn dann die Arbeiter müde und abgehetzt von der Arbeit kommen und nicht das Interesse aufbringen für das, was draußen in der Welt vorgeht, so kann man das, rein menschlich genommen, verstehen. Trotz alledem war der Besuch der Versammlung ein guter; zirka 150 Personen waren erschienen. Bemerkt muß werden, daß eine Anzahl kleiner Landwirte aus den Nachbardörfern anwesend waren, die mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners Genossen Oertel (Halle) folgten. Referent erörterte das ganze Steuerproblem der Regierung, die ganze Abwälzung der Steuern auf das Proletariat und die kleinen Bauern, während die Besitzenden und die Großagrarier sich von aller und jeder Steuer zu drücken versuchen. Auch der verflossene Streik der Eisenbahner wurde mit erwähnt, um den anwesenden Industrieproletariern zu zeigen, daß das gesamte Unternehmertum auf dem Sprunge steht, mit den letzten Errungenschaften der „glorreichen Revolution" Schluß zu machen. In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort und so konnte sich der Redner im seinem zweiten Teil über Presse und Produktivgenossenschaft kurz fassen. Die Ortsgruppe der KPD. wurde neu aufgebaut und neue Mitglieder gewonnen, ein Beweis, daß es vorwärts geht.

Selben

Das Erwachen der Landarbeiter. Am Sonntag, dem 19. Februar hielten die Landarbeiter der Zahlstelle Zschepen eine Veranstaltung ab, die auch von Industriearbeitern gut besucht war und die gute Gelegenheit zur Agitation bot. Der Vorsitzende der Landarbeiter, Kollege Müller, hielt dabei eine Ansprache, in der er alle anwesenden Landarbeiter aufforderte, die Organisation zu kräftigen, auszubauen und alle Landarbeiter zum Anschluß zu bewegen. Wenn der neue Tarif bei weitem nicht der jetzigen Teurung entspreche, so müsse gekämpft werden, um bessere Lohnbedingungen. Er brandmarkte den Verrat der Bureaukratie bei dem letzten Eisenbahnerstreik. Es müßten die Führer beseitigt werden, die gegen die Interessen des Proletariats arbeiten. Er wünschte den Bergarbeitern Erfolg in ihrem Kampfe und gedachte auch der politisch Inhaftierten. Für die „Rote Hilfe" wurden 105,35 Mk. gesammelt. Auch aus dieser Veranstaltung ist zu ersehen, daß die Landarbeiter immer mehr ihre Lage erkennen. Um aber das Ziel zu erreichen, ist es Pflicht jedes einzelnen, sich auch politisch zu organisieren und eine Zeitung zu lesen, die konsequent die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Es kommt dabei lediglich der „Klassenkampf" in Frage.

Sandersdorf

Der Mieterschutzverein Sandersdorf hielt vor einigen Tagen eine Mitglieder-Versammlung ab, in der bekannt gegeben wurde, daß die Mitgliederzahl bis auf 230 gestiegen ist. Eine scharfe Diskussion setzte ein über das Wirken der Wohnungskommission in der Gemeinde, die nicht den Mut hat, die freiwerdenden Wohnungen zu beschlagnahmen. Die Hausbesitzer stellen natürlich die Wohnungen nicht selbst zur Verfügung. So kann es auf keinen Fall mehr weitergehen, daß man z. B. einer Familie von zwei Köpfen eine Fünf-Zimmerwohnung gibt, während Proleten-Familien von neun und zehn Köpfen in Löchern stecken. Mieter von Sandersdorf, die Augen auf! Es wurde beschlossen, daß unsere Mitgliederversammlungen jeden Sonnabend nach dem 15. stattfinden, und jeden Freitag in der Woche Kommissionssitzung im Vereinslokal Gasthaus „Sandersdorf" ist. Dort sind von 5 bis 7 Uhr abends sämtliche Beschwerden der Mitglieder anzubringen.

Eilenburg

Einigung in der Holzindustrie. Wie die hiesige Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes mitteilt, ist folgendes Lohnabkommen getroffen werden. Auf die bisherigen Löhne sollen folgende Teuerungszulagen gezahlt werden: vom 3. Februar an Facharbeiter 60 bis 95 Pfg. (je nach Altersstufen), an Hilfsarbeiter 50 bis 80 Pfg., an Facharbeiterinnen 40 bis 60 Pfg., an Hilfsarbeiterinnen 30 bis 55 Pfg.; vom 10. Februar an (in derselben Reihenfolge der vier Gruppen) nochmals 85 Pfg. bis 1,45 Mk., 75 Pfg. bis 1,20 Mk., 55 bis 95 Pfg., 45 bis 80 Pfg.; vom 1. März an (in den vier Gruppen) wiederum mehr 30 bis 50 Pfg., 30 bis 50 Pfg., 25 bis 40 Pfg., 25 bis 40 Pfg. Die Durchschnittslöhne einschließlich der Teuerungszulagen werden demnach vom 1. März an betragen für Facharbeiter 8,50 Mk. bis 13,40 Mk. (je nach Altersstufen), für Hilfsarbeiter 7,25 Mk. bis 11,85 Mk., für Facharbeiterinnen 5,75 Mk. bis 8,75 Mk., für Hilfsarbeiterinnen 4,80 Mk. bis 7,50 Mk. Die vier Altersstufen bewegen sich vom 16. bis 18., 18. bis 20., 20. bis 22. Jahre und über 22 Jahre. Die Mindestlöhne sind für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Holzindustrie um 5 Prozent niedriger als die Durchschnittslöhne. Dieses Lohnabkommen gilt bis zum 31. März d. J. und ist mit vierzehntägiger Frist, erstmalig zum 1. April 1922, kündbar.

Bernburg

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Ein Sipowachtmeister der hiesigen Hundertschaft hatte den Dienst bei der Sipo satt. Zum 1. Februar war seine Kündigungszeit um. Da der Eisenbahnerstreik war, konnte er Bernburg nicht verlassen. Er schlief des Nachts nach in der Kaserne. Der Major der Sipo traf diesen Mann zufälligerweise auf dem Flur der Kaserne. Sofort wurde dieser durch seinen gestrigen Herrn Vorgesetzten befragt, was er noch in der Kaserne zu suchen hätte. Auf die Antwort des bisherigen Sipo-Soldaten, daß er mit der Eisenbahn nicht fort könne und auch noch Gelder zu erhalten hätte, entgegnete der Herr Major, er warte wohl, bis er hinausgeworfen werde usw. Seht Ihr Sipobeamte, so wird Euch der Dank dafür abgestattet, daß Ihr Euch stets zum Büttel gegen das kämpfende Proletariat hergebt.

Der Kampf der monarchistischen Offiziere gegen republikanische Mannschaften. Der Reichswehrsoldat Schönfuß aus Bernburg, welcher bei der Küstenwehr in Cuxhaven dient, erhielt 21 Tage Mittelarrest, weil in seinem Spinde ein Arbeiterliederbuch gefunden wurde. Stubenkameraden hatten dieses „Vergehen" den Vorgesetzten gemeldet. Auch hat dieser junge Mann Arbeiterlieder gesungen. Für seine Verteidigung, daß ja die Herrn Offiziere auch die Lieder singen, die diesen passen, wie „Deutschland über alles" und „Heil dir im Siegerkranz", wurde er noch wegen „Achtungsverletzung usw." extra mit sieben Tagen Arrest bestraft. Wegen Teilnahme an der Revolutionsfeier erhielt der Reichswehrsoldat auch noch drei Tage Arrest.

Achtung, Postbezieher!

Bei der neuen Postbestellung auf den „Klassenkampf" muß angegeben werden, welche von den vier Ausgaben gewünscht wird:

1. **„Klassenkampf" für Halle-Merseburg;**
2. **„Klassenkampf" für Merseburg-Querfurt und Weißenfels-Zeitz-Naumburg;**
3. **„Klassenkampf" für die Kreise Mansfeld und Sangerhausen;**
4. **„Klassenkampf" für die Kreise Wittenberg-Schweinitz und Torgau-Liebenwerda.**

Die genaue Angabe der Ausgabe muß erfolgen, wenn der Besteller den gewünschten „Klassenkampf" erhalten will. Wir bitten, das Vorstehende zu beachten und die Bestellung in diesen Tagen aufzugeben, damit eine regelmäßige Weiterbelieferung erfolgt. **Verlag Klassenkampf.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schmetter; für Anzeigen Fritz Krolp. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0006

Ausland

Wahlniederlage der englischen Regierungskoalition

London, 20. Februar. Die Koalition erlitt bei der Ersatzwahl in Clayton (Manchester) eine schwere Niederlage. Der Arbeiterkandidat wurde mit einer Mehrheit von 3624 Stimmen gewählt. Die Mehrheit der Koalition bei der vorigen Wahl hatte 4651 Stimmen betragen.

Der englische Radbruch

Aus London wird gemeldet: Die skandalöse Verurteilung des Genossen Inkpin, des Sekretärs der Kommunistischen Partei Englands, zu sechs Monaten Zwangsarbeit, weil er einige ganz bekannte Broschüren über Rußland drucken ließ, beschäftigte das Unterhaus. Mills, von der Arbeiterpartei, fragte den Minister des Innern Shortt, ob er nicht für die Freilassung Inkpins sorgen wolle, denn die Broschüren, wegen deren Inkpin verurteilt wurde, seien in allen Ländern zu haben und in England selbst zwei Jahre lang anstandslos verkauft worden. Der liberale Minister Shortt erwiderte, in Anbetracht des Gesundheitszustandes von Inkpin wolle er von der Zwangsarbeit absehen, aber die Gefängnisstrafe von sechs Monaten müsse er verbüßen. Radbruch Nr. 2.

Der Herr Minister hat keine Zeit

In London fand eine Demonstration von 10 000 Arbeitslosen statt. Die Demonstranten schickten eine Deputation zu dem zuständigen Minister, Herrn Alfred Mond, um ihm ihre jammervolle Lage vorzutragen. Der Herr Minister weigerte sich aber, die Deputation zu empfangen, er erklärte, daß er keine Zeit für die Arbeitslosen habe und außerdem hätte eine Besprechung mit der Deputation gar keinen Zweck. Die Herren des Ministeriums Lloyd George sind nur deshalb so frech zu dem hungernden Proletariat, weil sie sich auf die englische Gewerkschaftsbureaukratie verlassen können.

Wenn ein Lynchmord in Amerika bestraft wird

Aus Neuyork wird gemeldet: Die amerikanische Justiz hat eine große Tat vollbracht. Das Gericht in Oklahoma City hat drei Weiße, die einen Neger gelyncht hatten, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Was will man noch mehr? Geht nicht jetzt die amerikanische Justiz rücksichtslos vor, um die Barbareien gegen die Neger auszurotten? Leider hatte der Fall einen Haken: Der Neger, der da gelyncht wurde, war nämlich ein Streikbrecher und die drei Weißen waren Arbeiter. Der Lynchmord an sich soll nicht beschönigt werden, aber wenn dieser Neger nicht zufällig ein Organ der kapitalistischen Ordnung gewesen wäre, hätte er keine Rächer bei der amerikanischen Justiz gefunden.

Wirtschaft

Steigen der Getreidepreise

Die Preise für Getreide und Mehl sind in steter Aufwärtsbewegung. Im Monat Januar stieg der Preis für Weizen pro Tonne um 580 bis 600 Mk., für Roggen um 200 bis 260 Mk. In der ersten Hälfte des Februar ist folgende weitere Steigerung am Berliner Getreidemarkt zu verzeichnen:

1. Februar pro Tonne Weizen: 8200 bis 8240 Mk. Roggen: 6260 bis 6320 Mk.
14. Februar pro Tonne Weizen: 9060 bis 9120 Mk. Roggen: 6900 Mk.

Die Steigerung beträgt also für Weizen in den letzten 14 Tagen 860 bis 880 Mk., für Roggen: 580 bis 640 Mk. Entsprechend stiegen die Preise für Mehl. Es kosteten in Mark pro Tonne am Berliner Markt:

1. Februar: Weizenmehl: 11 400 Mk. Roggenmehl: 8400 bis 9100 Mk.
14. Februar: Weizenmehl: 12 500 Mk. Roggenmehl: 9000 bis 9500 Mk.

Diese Entwicklung der Preise zeigt die Ursachen der Forderung der Agrarkapitalisten nach Wucherfreiheit.

Gewerkschaftsbewegung

Die Textilarbeiter wählen Kommunisten

In der am 13. Februar stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Langenbielau in Schlesien des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde der gesamte Vorstand neugewählt. Die Neuwahl ergab eine Besetzung desselben durch 4 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten, 1 Unabhängigen und 1 Parteilosen. Beide Vorsitzende sind Kommunisten.

Der Erfolg unserer Genossen ist um so höher zu bewerten, als die Textilarbeiter eben erst einen schweren, sechs Wochen langen Lohnkampf beendeten.

Auch der Bauarbeiterverband wählt kommunistisch.

In der am 7. Februar stattgefundenen Generalversammlung der Zahlstelle Langenbielau des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurden als Vorsitzende gewählt: die Kollegen Müller (KPD.) und Schölzel (KPD.). Als Kartelldelegierte die Kollegen Alauf (KPD.), Hanke (KPD.) und Kollege Bek.

Paeplow und Konsorten haben nun wieder Gelegenheit, den Verband von kommunistischen Ortsgruppen zu reinigen, sofern ihnen bis zum Verbandstag der Atem nicht schon ausgegangen ist.

Die Holzarbeiter Solingens für die Kampf-Organisation

Die Holzarbeiter Solingens nahmen in einer am 12. Februar tagenden außerordentlichen Generalversammlung Stellung zur Beitragserhöhung. In einer sehr ausführlichen Diskussion kam der Unwille der Kollegen über die bisherige Haltung und Arbeitsmethode der gegenwärtigen Verbandsleitung zum Ausdruck. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, heißt es u. a.:

„Die Versammlung mißbilligt die Arbeitsweise unseres Hauptvorstandes und ist gewillt, erst dann höhere Beiträge zu entrichten, wenn die Taktik der Verbandsleitung auf die Erstrebung der allgemeinen Bedarfswirtschaft eingestellt sein wird."

Ferner wurde an anderer Stelle verlangt, daß der Hauptvorstand seinen ganzen Einfluß und alle Mittel aufbietet, um in diesem Sinne auf den ADGB. einzuwirken. Durch Fortfall einer Reihe sozialer Unterstützungen innerhalb des Verbandes sollen Mittel frei werden, um den Verband zu einem wirklichen Kampforgan zu machen.

Metallarbeiterwahlen in Essen

Bei den Wahlen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen erhielt die Liste der Rechtssozialisten nur 220 Stimmen, die vereinigte Liste der KPD. und USP., auf der 8 Kommunisten und 4 Unabhängige standen, 1550 Stimmen.

Neue Druckschriften

Sowjet-Rußland im Bild. Die Nummer 5 der illustrierten Zeitung „Sowjet-Rußland im Bild" herausgegeben vom Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, ist am 20. Februar neu erschienen und wird jetzt regelmäßig am 20. jeden Monats erscheinen. — Die neueste Nummer trägt als Titelbild einen russischen Bauern, der mit Kamelen sein Feld bestellt. Neue Bilder und Berichte aus dem Hungergebiet und Illustrationen von der Hungerhilfe zeigen die Größe der Not und mahnen zur weiteren und raschen Hilfe. Andere Bilder gewähren einen Einblick in das Leben und Schaffen der russischen Bevölkerung (Dorfversammlung an der Wolga, beim Bau von Pflügen u. a.). — Diese Nummer verdient die weiteste Verbreitung. Der Reinertrag ist für die Hungernden in Rußland bestimmt! Von den früher erschienenen Nummern ist 3 und 4 bereits vergriffen und diesbezügliche Anfragen erübrigen sich daher. Bestellungen auf Nummer 5 von Arbeiterorganisationen und Arbeiterhilfskomitees sind zu richten: Arbeiterhilfskomitee, Berlin C, Rosenthalerstraße 38. Private Bestellungen an: Malik-Verlag, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 76. Der Preis beträgt pro Nummer 1,50 Mark.

Vom Tage

Explosion eines Militärlenkluftschiffes,

35 Tote

Neuyork-News, 21. Februar. Das Militärlenkluftschiff Roma, das in Italien angekauft worden ist, und erst einige Wochen im Gebrauch war, ist beim Ueberfliegen des sogenannten Hampton-Road-Kanals explodiert. Es faßte über eine Million Kubikfuß Gas. Die Roma ging in Flammen gehüllt in der Nähe des Flottenstützpunktes nieder. Bald nach ihrem Absturz wurden vier Ueberlebende mit schweren Brandwunden geborgen.

Washington, 21. Februar. Das Marinedepartement hat das Unglück der Roma durch folgendes Telegramm der Marinebehörde in Norfolk erfahren. Das Militärlenkluftschiff Roma ist in Brand geraten und in der Nähe des Flottenstützpunktes Norfolk nachmittags um 2 Uhr 10 Min. zur Erde gefallen. Von fünfzig Personen, die sich an Bord befanden, sollen 35 tot sein.

Norfolk, 21. Februar. Amtlich wird nachmittags 3 Uhr 50 Min. dem Flottenstützpunkt Norfolk gemeldet, daß von der „Roma" nur 10 Ueberlebende geborgen sind.

Gerichtssaal

Die Rache der Bourgeoisie

Nahezu ein Jahr ist seit den Märzkämpfen verflossen. Heute, nachdem der preußische Untersuchungsausschuß die wahren Beweggründe ans Tageslicht gefördert hat, wird dieser Märzkampf in der Bevölkerung von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt, als ihn die Sondergerichte beurteilten. Nachdem nun eine Reihe Schreckensurteile der Klassenjustiz umgeändert worden sind, nachdem ein Teil begnadigt worden ist, mutet es sonderbar an, wenn jetzt noch jeden Tag Märzkämpfer vor Gericht stehen. Daß die von den Sondergerichten her berüchtigten Richter und Staatsanwälte versuchen, die Angeklagten so verwerfen als nur möglich den Geschworenen darzustellen, ist im Interesse der Richter schließlich verständlich, denn wenn jetzt nach dem Spruch der Geschworenen nur eine geringfügige Strafe verhangen werden kann, dann heben sich die Sprüche der Sondergerichte als krasse Klassenurteile sehr deutlich ab.

Vor dem Schwurgericht stand der 61jährige Michael Bannas aus Bittersfeld unter der Anklage des schweren Aufruhrs, der Rädelsführerschaft, des schweren Landfriedensbruches, des unbefugten Waffenbesitzes und des Anschlusses an bewaffnete Haufen. Er sollte bei der Beschießung des Rathauses in Bittersfeld gewesen und den Landrat Stammer bedroht und genötigt haben. Stammer, der als Hauptbelastungszeuge in Frage kam, wurde vom Vorsitzenden und Staatsanwalt in ein 2½stündiges Kreuzverhör genommen, da seine Aussagen absolut nicht zu einer Verurteilung ausreichen wollten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Fackenheim, sah sich schließlich gezwungen, dagegen zu protestieren, da die Fragestellung geeignet sei, dem Zeugen die gewünschten Aussagen zu suggerieren. Von der ganzen, groß angelegten Anklage blieb weiter nichts übrig, als Waffenbesitz und dazu mildernde Umstände. Der Staatsanwalt konnte deshalb nur sieben Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe beantragen. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Vor der ersten Strafkammer standen der Arbeiter Magdeburg und Genossen, die während der Märztage im Auftrage des Aktionsausschusses den berüchtigten Spitzel Kuhnt verhaftet hatten, der seitdem verschwunden ist. Die Anklage nimmt an, daß Kuhnt erschlagen worden ist. Nach mehrstündiger Verhandlung verwies die Strafkammer diese Sache an das Schwurgericht, nachdem ein noch auf freiem Fuß befindlicher Angeklagter verhaftet wurde.

Ein skandalöses Verhalten legte der Vorsitzende der ersten Strafkammer, Landrichter Wünemann, in der Sache gegen die Roitzscher Schaaf, Zschaepe und Hoffmann an den Tag. Nicht weniger als 18 Zeugen waren aufgeboten und auch hier zeigte es sich, wie bei allen Sachen aus den Märztagen, daß nur der Landjäger seine Aussagen aufrechterhalten konnte. In den meisten Fällen stellte es sich heraus, daß die Zeugen bei ihrem erstmaligen Vernehmungen etwas ganz anderes ausgesagt haben, als Staatsanwalt und Richter herauslesen wollen. Und wenn die Zeugenaussagen nicht den Wünschen der Herren entsprechen, dann werden die Zeugen durch Richter und Staatsanwälte eingeschüchtert, wie es bei dem Schmiedemeister aus Roitzsch gemacht wurde. Als der Zeuge seine erste Aussage, die den Angeklagten Schaaf schwer belastete, nicht aufrechterhalten konnte, da fuhr ihn der Landrichter Wünemann an: „Sie sind mit ein sonderbarer Zeuge, Sie fürchten wirtschaftliche Nachteile, Ihnen ist das Herz in die Hose gerutscht. Wenn Sie bei diesen Aussagen weiter verbleiben, dann stehen Sie mit einem Bein im Zuchthaus." Und der Staatsanwalt verlangte prompt nach dieser Anfuhr die Protokollierung der Aussage wegen Meineidsverdachts. Ein solches Verhalten ist Zeugenbeeinflussung schlimmster Art. Nach der Strafprozeßordnung gilt die in der Hauptverhandlung unter Eid gemachte Aussage. Frühere Aussagen können nur im Falle der Richterinnerung mit herangezogen werden. So kommen denn Aussagen zustande, nach denen dann die Verurteilung revolutionärer Arbeiter erfolgt. Und so wurde Genosse Schaaf zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich kein Zeuge seine frühere Aussage aufrecht erhielt. Gegen Zschaepe und Hoffmann mußte nochmals verhandelt werden, sie wurden zu 1 Jahr 9 Monaten und 1 Jahr 2 Monaten verurteilt, die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Dem Genossen Schaaf werden die letzten drei, Genossen Zschaepe fünf und Genossen Hoffmann die vier letzten Monate der Strafe unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist erlassen.

Für das reaktionäre Verbrechen des Kapp-Putsches sind fünf Jahre Festung verhängt worden, für die um ihre nackte Lebensexistenz ringende Arbeiterschaft werden noch heute, nach einem Jahre, noch die unhaltbarsten Urteile gefällt. Und das ganze nennt man dann: Die objektivste Behörde der Welt.

Wo sind zuviel Beamte?

In den Etats der wichtigsten Ministerien werden Streichungen von Beamtenstellen vorgenommen. Im Eisenbahn- und Postbetrieb sollen nach und nach 170 000 Beamte und Arbeiter entlassen werden, nur bei der Reichswehr und Schupo und im Justizministerium sind keine Streichungen vorgenommen worden. Ja man möchte dort noch gern die Stärke heraufsetzen, wenn nicht der Friedensvertrag dem entgegenstände. Und gerade in der Justiz sind die meisten entbehrlichen Beamten beschäftigt. Doch diese jetzige Justiz, als wichtiges Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung, kann natürlich von der sozialistisch-demokratischen Zentrumsregierung nicht vermindert werden.

Die Entbehrlichkeit so manchen Staatsanwalts wurde in der Verhandlung gegen den Gastwirt Böhle, Pächter von Köppchens Restaurant, Unterberg, erbracht. In Böhles Restaurant fand im Sommer eine Tanzfestlichkeit statt. Im Anschluß daran zog der Verein abends nach der Heide. Der Polizeiwachtmeister Schulz will dann um 12 Uhr 40 Minuten noch Licht im Lokal gesehen haben. Auf sein Klopfen wurde ihm geantwortet, daß es nichts mehr gibt. Die im Lokal anwesende Schwiegermutter und der Schwager wurden von Schulz angeschnauzt, was sie noch im Lokale suchten, sie sollten sich nach Hause scheren. Noch übereinstimmenden Aussagen aller anderen Zeugen kann es höchstens ½12 Uhr gewesen sein. Licht brannte nur im Schankraum zur Erledigung der Aufräumungsarbeiten. Böhle selbst war gar nicht im Lokal anwesend. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 150 Mk. Geldstrafe. Das Gericht sprach jedoch den Angeklagten frei, da es selbst nicht wußte, wie die Verordnung auszulegen sei, die eben, streng juristisch genommen, den Zweck der Lichtersparnis nicht erfüllen kann. Denn wenn der Gastwirt nicht im Geschäftslokal seine Arbeiten verrichten kann, dann muß er sie in der Privatwohnung verrichten und dazu braucht er ebenfalls Licht.

Das Skandalöse hierbei ist, daß diese Lichtgeschichte nicht weniger als dreimal die Gerichte beschäftigt hat. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei und der Staatsanwalt legte Berufung ein. Es gibt eben genug Staatsanwälte, die sich ihre Langeweile mit derartigen Banalitäten vertreiben müssen. Hier würde ein gutes Arbeitsfeld für den Justizminister sein, der endlich die Frage prüfen sollte, ob nicht ein großer Teil der Staatsanwälte und Richter überflüssig sind.

Ein alter Bekannter

beim Kaufmannsgericht, der Zigarrenhändler Feigler, Königstraße 161, war von seinem Verkäufer Kurt Grimm auf Zahlung von 1820 Mk. verklagt worden. Grimm ist am 1. Mai fristlos entlassen worden, weil er angeblich am 16. April zehn Zigaretten entwendet haben soll, was der Arbeitgeber selbst gesehen haben will. Diese plötzliche Entlassung, die 14 Tage nach dem angeblichen Diebstahl erfolgte, hat wohl doch einen anderen Grund. Grimm ist mit einem Monatsgehalt von 300 Mk. eingestellt worden. Bei seiner Einstellung versicherte er auf Befragen des Feigler, keiner Angestellten-Organisation anzugehören, später trat er dem Zentral-Verband der Angestellten bei. Am 1. Mai wurde der neue Tarifvertrag rechtsverbindlich. Nachdem das Gehalt für Verkäufer auf über 800 Mk. festgesetzt worden war, wurde Grimm plötzlich entlassen, unter dem Vorwande des Diebstahls. Am 11. Mai wurde die Klage eingereicht und am 1. Juni fand vor dem Kaufmannsgericht die erste Verhandlung statt, die vertagt werden mußte, da der famose Herr Feigler etwas von einer eingeleiteten Strafverfolgung erzählte. Wie festgestellt wurde, ist die Strafverfolgung wegen Rauchens von 10 Zigaretten (Verkaufspreis 7 Mk.) erst am 28. Juni eingereicht worden. Der Staatsanwalt selbst hat das Verfahren eingestellt. Hier liegt also offensichtlich eine Entlassung vor, um der Zahlung des Tarifgehaltes zu entgehen. Trotzdem das Tarifgehalt vom 1. Mai an gefordert worden war, erkannte das Gericht nur auf Zahlung von monatlich 300 Mk., bis zum Ablauf der gesetzmäßigen Kündigungsfrist, also auf 600 Mk.

Sport

Arbeiter-Schwimmverein Halle. Vom 23. Februar an sind die Schwimmhallen wieder geöffnet. Mittwoch fällt die Uebungsstunde aus. Donnerstag wieder wie üblich.

L.-V. „Die Naturfreunde". Heute Mittwoch abend, Turnen und Volkstanz in der Turnhalle Klosterschule. Donnerstag, fällt die Arbeitsgemeinschaft aus, dafür Besuch zum „Faust"-Einführungsvortrag. Karten in der Geschäftsstelle der „Volkstribüne". Freitag abend Gesamtprobe zur Aufführung „Mütter". Sitzungen: Gebietsleitung Donnerstag abend 7½ Uhr im Heim.

Turn- und Sportverein „Zichte" Halle. (Fußball-Abteilung). Mittwoch, den 22. Februar, abends 6 Uhr, im Volkspark, Zusammenkunft beider Schüler-Mannschaften, zwecks Aufstellung zur Frühjahrs-Serie. Schülerkarten sind mitzubringen.

Lukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Ärztlich empfohlen, Millionenfach bewährt
In Apotheken u. Drogerien erhältlich. *79

Was hilft gegen Rheumatismus?

Wenn Sie an Rheumatismus oder Gicht leiden, so sind diese Zeilen für Sie bestimmt. Sie sollen wirksame Hilfe finden und dürfen die Kur auf meine Kosten ausproben.

Sie zweifeln, es klingt zu schön, um wahr zu sein. Sie sind mißtrauisch, weil Sie schon vielerlei vergeblich versucht haben. Nun glauben Sie, Ihnen sei nicht mehr zu helfen, deshalb haben Sie auch keine Lust, weiteres Geld nutzlos wegzuwerfen. Gerade darum biete ich Ihnen ein Versuchsquantum Gichtosint ganz umsonst an. Ich weiß, was Gichtosint leistet. Ich weiß, daß mehr als hunderttausend Gichtosintkuren mit Erfolg angewendet worden sind. Doch ich verlange nicht, daß Sie allein meinen Worten glauben sollen, sondern ich lade Sie hiermit ein, auf meine Kosten zu versuchen, ob Gichtosint auch Ihnen helfen, auch Ihre frühere Gesundheit wiederherstellen und Sie befreien kann von Ihren Schmerzen u. Leiden.

Gichtosint enthält weder Gifte noch stark wirkende Drogen, sondern einzig und allein Mineralsalze, wie sie in den natürlichen Heilquellen enthalten sind. Es sind aber nur solche Salze im Gichtosint enthalten, welche die Ursache der Gicht und des Rheumatismus, die Harnsäure, unschädlich machen können, und die den Körper von diesem Gift befreien durch Auflösung und Ausspülung durch den Harn.

Gichtosint ist eine wirksame Trinkkur, die niemandem schaden wird, deshalb auch neben jeder anderen Behandlungsweise bequem angewendet werden kann, ohne Sie irgendwie in Ihrem Beruf oder Ihrem Vergnügen zu stören. Ihr Arzt wird sicher nichts dagegen haben, wenn Sie ihm die nebenstehende Zusammensetzung von Gichtosint zeigen. Oft bringt Gichtosint rasche Linderung aller Beschwerden. Merkbar weichen im weiteren Verlauf der Kur alle Krankheitserscheinungen.

Ich erhalte täglich Anerkennungen von wiederhergestellten Personen aus allen Gegenden Deutschlands.

Herr E. L. schreibt:
Ich bin mit Ihrer Kur sehr zufrieden, die Schmerzen sind verschwunden, und ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank, den ich auch dadurch zum Ausdruck bringen werde, daß ich Ihre Kur jedem ähnlich Leidenden warm empfehlen werde.

Herr O. Th. schreibt:
Ich teile Ihnen hierdurch zu meiner größten Freude mit, daß ich durch Ihre Gichtosint-Tabletten vollständig wiederhergestellt bin und meiner Arbeit wieder nachgehen kann und keine Schmerzen mehr habe. Ich spreche Ihnen hierdurch meinen besten Dank aus. Auch werde ich jedem, der dies Leiden hat, Ihre werten Gichtosint-Tabletten empfehlen.

Frau J. D. schreibt:
Ich erlaube mir hiermit, meinen besten Dank auszusprechen für das wunderbar wirkende Gichtosint. Selbiges hat mir meine volle Gesundheit wiedergebracht. Ich finde mich deshalb verpflichtet, Gichtosint überall zu empfehlen.

Gichtosint besteht aus:
Lith. carbon., Kal. sulfur., Magn. sulfur. fice, Calc. carbon., Calc. sulfur., Ferr. carbon. saccharo., Nat. chlorat., Nat. bromat.

Senden Sie kein Geld an mich, auch keine Briefmarken. Senden Sie nur den Gratis-Bezugsschein ein! Schicken Sie ihn an mich als Drucksache im offenen Kuvert. Auf der Rückseite des Kuverts schreiben Sie recht deutlich und genau Ihre Adresse. Dazu genügen 50 Pf. als Porto. Eine Postkarte dagegen kostet 1,25 Mk.

Gratis-Bezugsschein: An das General-Depot der Viktoria-Apotheke, Berlin A 300, Friedrichstraße 19. Senden Sie mir gratis und franko ein genügendes Quantum Gichtosint zum Versuch nebst dem aufklärenden Büchlein.

Gichtosint ist in den meisten Apotheken zu haben, insbesondere in Halle in den Niederlagen: Engel-Apotheke, Kleinschnieden 6, Bahnhofs-Apotheke. *162

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0007

Leben • Wissen • Kunst

Jack

55] Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.

Kein Tag verging, ohne daß ihm irgendein Streich gespielt wurde.

Besonders die Lehrlinge waren grausam. Eines Tages hielt ihm einer ein Stück Eisen hin, welches am anderen Ende dunkelrot glühte.

„Halt fest, Azteke!"

Er mußte infolgedessen acht Tage ins Krankenhaus.

Nur am Sonntag hatte Jack ein wenig Ruhe und Zerstreuung. Dann zog er eins von Doktor Rivals Büchern aus dem Kasten und ging damit ans Loireufer. Am äußersten Ende der Insel stand ein alter, halbverfallener, „St. Hermeland" genannter Turm aus der Zeit des Normanneneinfalles. Am Fuße dieses Turmes kauerte sich der Lehrling in irgendeine Felsenhöhle und las; aber oft waren Herrn Rivals Bücher zu hoch für ihn, gingen über sein Begriffsvermögen; dann hörte er auf und träumte vor sich hin, horchte auf das Plätschern des Wassers und beobachtete das regelmäßige Fallen und Steigen der Wellen. Er war in Gedanken, weit fort von dem Hüttenwerk, bei seiner Mutter und seiner kleinen Freundin; bei den vergangenen glücklichen Sonntagen, dem Kirchgang, den Spaziergängen nach Etiolles, an der Seite der feingekleideten Mutter und den Spielen in der großen Apotheke, welche die weiße Schürze der kleinen Cäcilie mit soviel kindlicher Heiterkeit erhellte.

Dann war er einige Stunden lang glücklich. Aber der Herbst kam mit rauhem Wind und heftigem Regen und unterbrach seine Träumereien am St. Hermelandsturm. Nun verbrachte er seine Sonntage bei Roudics.

Sie waren dem sanften Knaben gut; besonders Zenaide vergötterte ihn und besorgte seine Wäsche mit mütterlicher Sorgfalt. Vater Roudic, der doch eine gewisse Verachtung gegen die Schwäche und geringe Leistungsfähigkeit Jacks empfand, sagte trotzdem:

„Er ist dabei doch ein guter kleiner Junge."

Er fand nur, daß er zuviel las, und fragte ihn oft lachend, ob er denn Schulmeister oder Pfarrer werden wolle. Dennoch empfand er einen gewissen Respekt vor solcher Gelehrsamkeit. In der wußte Vater Roudic außer seinem Handwerk sehr wenig, las und schrieb, als habe er eben die Schule verlassen, was ihn ein wenig genierte, seitdem er Werkmeister geworden war und seine zweite Frau geheiratet hatte. Diese war die Tochter eines Artilleriewachtmeisters aus einer kleinen Stadt. Ihrem Manne war sie an Bildung weit überlegen, und bewies ihm infolgedessen nur eine ruhige Zuneigung. Er dagegen betete sie an, fand sie viel hübscher, als die anderen Werkmeisterfrauen, lauter handfeste, nur für ihre Wirtschaft lebende Bretoninnen.

Clarisse besaß die Haltung und das Benehmen eines armen, aber wohlerzogenen Mädchens, sie verstand sich zu kleiden und stach infolgedessen sehr von den einheimischen Frauen ab. Auch die Wohnung verriet einen gewissen Geschmack. Hinter den weißen Musselinvorhängen glänzten die wenigen, sauberen Möbel; ein Strauß oder ein Topf mit roten Nelken oder Basilikum stand auf dem Fensterbrett. Wenn Roudic abends von der Arbeit zurückkehrte, empfand er stets neue Freude, das Haus sauber und die Frau sorgfältig gekleidet, wie am Sonntag zu finden. Der brave Roudic bildete sich ein, daß seine Frau sich nur für ihn hübsch machte, und in Indret liebte man ihn zu sehr, um ihn zu enttäuschen, ihm zu sagen, daß einem anderen die Gedanken und die Zuneigung Clarissens galten.

War denn wirklich etwas Wahres daran?

Die bösen Zungen der kleinen Stadt nannten Frau Roudic und den Nanteser stets zusammen. Wenn ihr Geschwätz wahr war, so muß zu Clarissens Entschuldigung gesagt werden, daß sie den Nanteser vor ihrer Heirat gekannt hatte. Er verkehrte bei ihrem Vater und begleitete Roudic, und wenn der große, hübsche Bursche sie an Stelle seines Onkels hätte heiraten wollen, so würde sie ihm den Vorzug gegeben haben, aber der große, hübsche Bursche dachte nicht daran. Er merkte erst, daß Clarisse verführerisch hübsch war, als sie seine kleine Tante geworden!

Und was geschah dann?

War der vertrauliche Verkehr, die langen Plaudereien, wenn Vater Roudic in der Ecke schlief und Zenaide noch auf dem Schlosse zu tun hatte, geeignet, die beiden widerstandsfähiger zu machen? Wohl kaum; sie waren wie füreinander geschaffen.

Dennoch wußte niemand etwas Bestimmtes, auch wurden die Schuldigen, oder vielmehr die Angeklagten, von den scharfen Augen Zenaides bewacht, welche schon lange das finstere Verhängnis ahnte. Neben dem blinden Vertrauen des alten Roudic stand Zenaide wie ein richtiger argwöhnischer, eifersüchtiger Ehemann.

Deshalb war der Kampf gegen den Nanteser auch so heftig, deshalb verbargen die kleinen Scharmützel, welche sie miteinander hatten, soviel Zorn und Abneigung. Vater Roudic lachte über diese galanten verwandschaftlichen Streitigkeiten, aber Clarisse hörte bleich und erschöpft zu.

Augenblicklich triumphierte Zenaide. Sie hatte im Schlosse so geschickt manövriert, daß der Direktor, welcher den Nanteser nicht bewegen konnte, nach Guerigny zu ziehen, ihn nach St. Nazaire zu schicken beabsichtigte, damit er dort das neue Modell eines transatlantischen Dampfers studieren solle.

Jack ahnte vom ersten Augenblick an, daß ein Geheimnis zwischen den beiden Frauen bestand. Er liebte beide, die fröhliche, zutreffende Zenaide gefiel ihm, während die feine, hübsche Frau Roudic seinem an Eleganz gewöhnten Auge schmeichelte. Er fand, daß sie eine gewisse Aehnlichkeit mit seiner Mutter besaß. In ihrer Gesellschaft fühlte er sich behaglicher, als mit Roudic allein, und Sonntags, wenn er bei schlechtem Wetter nicht ausgehen konnte, las er ihnen vor. Dann saßen sie in der guten Stube im Erdgeschoß, einem großen Zimmer, welches mit Schiffskarten, einer sehr bunten Ansicht von Neapel, großen Muscheln, trockenen Schwämmen und Seepferdchen und dergleichen exotischen Dingen ausgestattet war, welche Seeleute mitzubringen pflegen. Guipurebeckchen auf allen Möbeln, ein Sofa und ein Lehnstuhl mit Utrechter Samt bezogen, vervollständigten den bescheidenen Luxus. Besonders der Lehnstuhl war Vater Roudics Freude. Er setzte sich behaglich hinein, um den Vorlesungen zuzuhören, während Clarisse an ihrem gewöhnlichen Platz am Fenster in nachlässiger, erwartender Stellung saß und Zenaide, welche häusliche Arbeiten noch über religiöse Pflichten stellte, benutzte den freien Sonntag, um Wäsche auszubessern.

Jack kam mit einem Buch aus dem Hängeboden und die Sitzung begann. Nach den ersten Zeilen begann der gute Roudic mit den Augen zu zwinkern und schlief endlich ein. Es war kein Wunder, denn die Bücher, mit denen Herr Rivals Jacks Koffer vollgestopft hatte, waren nicht sehr verständlich. Ueberlieferungen keltischer Dichter, die Briefe Senekas, ein Plutarch, Dante, Virgil, Homer, das war alles. Oft las der Knabe ohne zu verstehen, aber das Versprechen, welches er gegeben, spornte ihn immer wieder an. Sein Lieblingsbuch war Danies „Hölle". Die Beschreibung aller dieser Qualen fesselte ihn. Seine kindliche Einbildungskraft vermischte sie mit dem Schauspiel, welches er alle Tage vor Augen hatte.

Eines Sonntags las Jack vor seinen gewöhnlichen Zuhörern aus seinem Lieblingsdichter. Wie sonst war Vater Roudic nach den ersten Worten entschlummert, während die beiden Frauen mit gespannter Aufmerksamkeit und gemischten Gefühlen zuhörten.

Es war die Geschichte der Franceska von Rimini.

Während der Lehrling las, beugte Clarisse zitternd das Haupt. Zenaide, welche gerade und vierschrötig auf dem Stuhle saß, handhabte ungeschickt ihre Nadel.

Tränen rollten über die Wangen von Frau Roudic, während sie dieser Liebesgeschichte lauschte. Ohne es zu bemerken, ergriff Zenaide, als die Erzählung zu Ende war, das Wort.

„Eine böse, schamlose Frau," sagte sie entrüstet, „sich ihres Verbrechens noch zu rühmen."

„Gewiß war sie schuldig," versetzte Clarisse, „aber auch sehr unglücklich."

„Unglücklich? Sage doch das nicht, Mama, man sollte meinen, du bedauerst diese Franceska, welche ihres Mannes Bruder liebte."

„Ja, mein Kind, aber sie liebte ihn vor ihrer Heirat und man hatte sie gezwungen, ihren Mann zu heiraten."

„Gezwungen oder nicht, sie mußte ihm treu bleiben. Das Buch sagt, daß er alt war, ein Grund mehr, ihn zu achten und die Leute im Dorfe zu verhindern, über ihn zu spotten. Der Alte tat recht daran, sie beide zu töten, sie haben es verdient."

Clarisse antwortete nicht, sie hatte den Vorhang hochgenommen und sah hinaus.

„Halt, das ist er gewiß!" sagte Jack plötzlich, indem er aufsprang. Vor den Fenstern glitt ein Schatten vorbei und ein dem Lehrling wohlbekannter Ruf ertönte.

„Hüte, Hüte, Hüte!" (Fortsetzung folgt.)

Der Volksredner

Von Gottfried Keller

„Du bist ein Schreier, bist ein frecher Prahler,
Ein Drescher mehr auf abgedroschenen Halmen,
Ein Räuchlein mehr in der Empörung Qualmen,
Ein Vielversprecher und ein Wenigzahler!"

Gemach, o du Philisterschwarm, du kahler!
Bei dir nicht such' und find' ich meine Palmen;
Säng' ich ein David, dir die hehrsten Psalmen,
Sie däuchten durch dein Lob mir so viel schaler.

Ich geh' es zu, ich habe laut geschrien,
Ein rauhes Echo von geweihtern Tönen,
Und nur die gute Sache mag mich tragen!

Doch ist's mein Herzblut, das ich ausgespien,
Der Schlachtschrei, der beim Angriff muß erdröhnen,
Auf diesen folgt ein regelrechtes Schlagen!

Herrenlos

Von Josef Rwal

Sie hatten alte Karabiner, zerschlissene Mäntel, Mützen ohne Schilder, gingen durch Wald und Feld und sangen.

Von der blauen Wolga, der geliebten Mutter Wolga kam eine Schar Kriegsgesellen daher. Und als sie an die graue, melancholische Weichsel herantraten, würgte das Leid mit seinen Krallen an ihrer Kehle. An diesem denkwürdigen Tage stimmten sie gemeinsam das Lied vom standhaften Atamann und seiner Geliebten an.

Im kleinen ruhigen Dörfchen gingen die Leute schon an die Arbeit und konnten aus dem Staunen nicht herauskommen, als sie die roten Soldaten erblickten. Der Tag, der gerade strahlend angebrochen war, spendete jeder Höhle der herrschaftlichen Tagelöhner ein wenig Licht und Wärme.

Und aus den Hütten kamen goldhaarige Büblein hervor, traten in die Wasserpfützen herum, begannen die Hühner zu jagen.

Ein Mägdelein, schön wie blühender Mohn, das am Brunnen Wasser schöpfte, wäre vor Furcht bald in den Brunnen hineingefallen, als einer der Soldaten mit gutem und fröhlichem Blick an sie herantrat und mit melodischer Stimme um einen Schluck Wasser bat.

Hei! Kein schöner Ulan mit einem Säbel und einem Tschako war es, sondern ein russischer Bauer, dessen Gestalt längst verklungene Lieder ins Gedächtnis rief. Andere traten heran, durstig und hungrig. Frugen, ob in dem Dorf schon ein Komitee besteht, ob es von der Dorfarmut gewählt wurde, ob sie um ein Stückchen Brot und um eine warme Speise bitten dürften.

Den Tag brachten sie in den Hütten zu — und machten sich schließlich auf den Weg.

Gen Abend zogen neue Truppen in der Nähe des Dorfes vorbei. Geschlossene Haufen brachen aus der Ferne hervor und verschwanden in den Wäldern, die das Dorf umgaben.

Noch gestern huschten bei Sonnenuntergang einige Rotten Ulanen davon und mit ihnen in einem leichten Wägelchen der Gutsbesitzer und der Dorfgeistliche.

Sie versprachen, zurückzukehren und Rache zu nehmen. Still, feierlich still war es ringsum in der Natur, als die Bauern vom Felde heimgingen. Die ermüdete Erde schlief träumend ein, und ihre Atemzüge erfüllten den Raum.

Die kleinen Feldblümchen und grünen Gräserchen flüsterten einander geheimnisvoll nie gehörte Märchen zu, eines schöner und wunderbarer wie das andere. Die Glockenblümchen schlossen ihre Kelche nicht und ließen ihre silbernen Klänge ertönen, läuteten, läuteten. . . .

Die Bauern kehrten zurück in ihre Hütten. Jeder von ihnen, obwohl infolge der Ereignisse erregt, tat, als wäre er ruhig — und harrte der Dinge, die da kommen sollten. So mancher kraute seinen fahlen Schopf und seufzte erleichtert auf. Eine Frage ist es, die in aller Hirn herumbohrt: „Werden die Herren, die gestern entflohen, nicht morgen schon wiederkommen? Sind sie für immer verschwunden?"

Von den Feldern strömte der Duft reifender Kornfelder herein. Der blutigrote Schein der untergegangenen Sonne verblaßte.

Der Wind erhob sich, es rauschten die Wälder, erbrausten die Eichen, die einsam im Felde standen.

Die Dämmerung voller Wunder und Zauber brach herein.

In der Ferne erdröhnte ein Schuß. Ihm antwortete ein lautes Stöhnen der erschütterten Erde — und so begann irgendwo eine wahnsinnige Schlacht. Gleichzeitig stürmten auf kleinen Pferdchen bewaffnete Heerscharen durch das Dorf. In der grauen getürmten Masse leuchtete ein rotes, mit goldenen Lettern bestücktes Tuch hervor. Ein Donner nach dem anderen zerriß die Luft. Sturm und Blitze zeichneten am Himmel drohende, blutige Zeichen.

Ein Sturm der Wälder brach los. Plötzlich waren die Wälder frei, herrenlos. Frei wurde jeder Baum, jeder Strauch, froh wurden die Grashalmen und die goldenen Aehren.

Und aus den stinkenden Höhlen des Gesindes, als wie aus dem Inneren der Erde erschollen die Worte:

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Aus dem polnischen, verdeutscht von Th. Kanic.

Parteiethik

Kulturarbeit in den Sowjetrepubliken

Unsere Partei war immer imstande, neben ihrer Treue zu ihren revolutionären Grundsätzen einen lebendigen Sinn für das reale Leben zu bewahren. Sie war nicht abstrakt revolutionär, sie war es in der lebendigen Wirklichkeit. Diese Beziehung zur Wirklichkeit wahren wir auch auf dem Gebiete der Ethik. Wir sind keine Moralisten, sondern revolutionäre Marxisten, aktive Kämpfer, die dafür Sorge tragen, daß wir nicht von dem uns umgebenden bürgerlich-kleinbürgerlichen Milieu zersetzt und unserer revolutionären Kraft beraubt werden. Als nach der Februarrevolution die auf das Kleinbürgertum gestützten Kapitalisten ihre Macht aufrecht zu erhalten suchten, waren alle unsere Kräfte durch den unmittelbaren Kampf mit unseren Klassenfeinden um die Macht in Anspruch genommen. Damals schützte uns der Kampf vor der Zersetzung, indem die Verfolgungen die schwankenden Elemente abschreckten und den Kern der Partei stärkten und fester zusammenschweißten.

Dann aber kamen wir zur Macht in einer Atmosphäre des Bürgerkrieges, der Diktatur, von allen Seiten, von innen und von außen, von dem Hasse unserer Klassenfeinde umgeben. In dieser Periode war das Gebot der Parteiethik die erbarmungslose Niederwerfung unserer Feinde. Wir konnten uns darum nicht kümmern, daß unsere Kugel manchmal den Unrichtigen traf. Wir hieben auf die Klasse ein, wir zerstörten sie, vernichteten sie. Darin sahen wir unsere Tugend, zu dieser Arbeit sandten wir die besten der Partei aus. Daß wir gesiegt haben, ist zum größten Teile ein Verdienst unserer Kampfesorgane gegen die Gegenrevolution, der Außerordentlichen Kommissionen.

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Kampf an den Mitgliedern der herrschenden Partei, in einer Diktatur, in einem Bürgerkrieg nicht spurlos vorübergeht. Die Starken werden gestählt, die Schwachen korrumpiert. Da nun die durch die Verfolgungen geschaffene natürliche Auswahl ausfällt, verbleibt dieses Element in der Partei und bildet in ihr einen Bermudasherd. Wir sahen dies sehr wohl. Aber solange alle Kraft im Kampfe gegen den äußeren und inneren Feind, gegen Hunger und gegen Kälte gebunden waren, hielten wir es für überflüssig, Worte über unsere ethischen Unzulänglichkeiten zu verlieren. Unser gesunder Instinkt sagte uns, daß solche Erörterungen unserem Kampfe nur schaden könnten, aus den ethischen Worten erständen nichtethische Dinge. Denn für uns ist das ethisch, was uns im Kampfe gegen den Klassenfeind stärkt.

Nun ist aber der Kampf auf den Fronten und im Innern im großen Ganzen beendet. Unsere Kräfte werden für den friedlichen Aufbau frei. Jetzt müssen wir sofort an die Beseitigung der während des Kampfes aufgetauchten Uebel schreiten. Die mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik zugleich einsetzende Reinigung der Partei muß uns nicht nur von den während des Bürgerkrieges entstandenen Mißständen befreien, sondern auch jene zersetzenden Einflüsse in unserer Partei bekämpfen, die im Gefolge der neuen Wirtschaftspolitik aufgetreten sind. Die Kontrollkommissionen müssen sich auch mit dieser erweiterten Säuberungsarbeit beschäftigen. Zur Zeit des sogenannten Kriegskommunismus konnten die fremden, sich einschleichenden Elemente sich bloß einen etwas größeren Bissen sichern, den sie rasch hinunterwürgen mußten, um nicht mit der Außerordentlichen Kommission zu tun zu bekommen. Jetzt könnten sich aber diese Herren eine sorglose kleinbürgerliche Existenz gründen und in unserer Partei daselbe werden, was in Westeuropa die Führer der Spitzenorganisationen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften geworden sind. Wir müssen allen und vor allem unsern Arbeitern und den Werktätigen der ganzen Welt zeigen, daß wir fest entschlossen sind, diesen Weg nicht zu betreten, daß wir die Partei des revolutionären Kampfes, des revolutionären Marxismus sind und bleiben wollen. Wir müssen zeigen, daß wir allen Kompromissen zum Trotz, allem Kompromißlertum, aller Klassenaussöhnung ferne sind, daß wir den Weg und die Mittel zum Kampfe mit dem zersetzenden kleinbürgerlichen Milieu zu finden wissen, auch wenn wir an der Macht sind. Zum Bajonett auf dem Schlachtfelde, zum Hammer auf der wirtschaftlichen Front, zur Waze im Konkurrenzkampfe mit den Privatunternehmern wollen wir noch einen Besen zur Säuberung unserer eigenen Reihen hinzufügen. Unsere Ethik ist eine der Formen unseres Kampfes, die unsere Kräfte wachsen macht, unseren Willen stärkt und unseren endgültigen Sieg im weltumfassenden Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse vorbereitet und beschleunigt. Sie geht von den Interessen der Klasse aus und richtet sich nur nach diesen Interessen.

(Aus der „Prawda") Woltz.

Nach der Revolution

Die vielen Menschen, welche durch die letzte Revolution ihren Ehrgeiz und ihre Habsucht befriedigt, wollen Ruhe und Frieden haben. „Ruhe und Frieden! Ich glaub's wohl! Den wünscht jeder Raubvogel, die Beute nach Bequemlichkeit zu verzehren."

Goethe.

*

Habt ihr den goldenen Flügel des Genius je rauschen gehört, — nicht dessen, der zu Gesängen, sondern dessen, der zu Taten begeistert? Habt ihr je ein kräftiges: „Ich will!" eurer Seele zugeherrscht und das Resultat desselben trotz aller sinnlichen Neigungen, trotz aller Hindernisse nach jahrelangem Kampfe hingestellt und gesagt: „Hier ist es!"? Fühlt ihr euch fähig, dem Despoten ins Angesicht zu sagen: „Töten kannst du mich, aber nicht meinen Entschluß ändern!"? Habt ihr? — Könnt ihr das nicht, so weichet von dieser Stätte, sie ist für euch heilig. Fichte.

Die Schreiberseele

Der Hunger hatte bei ihm Gevatter gestanden, er stand auch an seinem Sterbelager und machte ihm sein letztes Stündlein sauer. Sieben Jahre hatte er den Kontorbock beim Rechtsanwalt gedrückt. Sieben Jahre hatte er von morgens bis abends Aktenstaub schlucken müssen für ein hundemäßiges Gehalt. Bis er die Tuberkulose hatte, oder vielmehr: sie hatte ihn. Da kündigte man ihm die Stellung und zwei Wochen später sein Zimmer. Er bezog eine kalte, feuchte Dachkammer. Als man ihm kein Krankengeld mehr zahlte, wußte er nicht aus noch ein. Eine Stellung fand er nicht. Dann kam wieder der Hunger.

Da erwachte er. Er erkannte, wo die Wurzeln seines Elends lagen, doch die Kraft, sie auszuroden, fand er nicht. Er griff zum Strick, doch man fand ihn und schnitt ihn los. Er lag nun kraftlos auf seinem Lager und wartete auf das Ende. Das ließ lange auf sich warten. In einer dunklen Ecke stand der Hunger, grinste wie ein Scheusal und zischte: „Weißt du, wer dein Mörder ist? Ich bin es. Und weißt du, wer mein Zuhälter ist? Der Kapitalismus. Ohne den bin ich nicht und . . " Da kam das Ende. Er ward erlöst von dem Uebel, Leben genannt.

Nach Tagen senkte man draußen still einen schwarzen Kasten in die Erde. Fern heulte ein hungernder Köter. Das war der Grabgesang. Maddi.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220222-11/fragment/page=0008